

# Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Talstraße 11, durch die Zweigstellen, Altkönigsstraße 10, Marktstraße 140, sowie durch alle Auszubehälter zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die West-Post ins Haus 2,00 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für 100 Buchstaben 1 Pfennig, für 200 Buchstaben 2 Pfennig, für 300 Buchstaben 3 Pfennig, für 400 Buchstaben 4 Pfennig, für 500 Buchstaben 5 Pfennig, für 600 Buchstaben 6 Pfennig, für 700 Buchstaben 7 Pfennig, für 800 Buchstaben 8 Pfennig, für 900 Buchstaben 9 Pfennig, für 1000 Buchstaben 10 Pfennig. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr des Tages bei der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 abgeben werden.

## Schlesiens Vernachlässigung durch den Bürgerblock.

10 Millionen statt 41 im Vorjahre für den Osten! — Reichstagsdebatte über das neue Arbeitszeitgesetz.

Der **Finanzausgleich** zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist am Sonnabend nach einer weiteren Dauerhaltung des Reichstages ganz in der Form angenommen worden, wie sie die Bürgerblockmehrheit durch den Grafen Westarp vorschlugen. Vergeblich warnte mit den Rednern der Linken noch einmal der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, vor der unerhörten Begünstigung Bayerns unter Vernachlässigung der anerkannt hilfsbedürftigen preussischen Ostgebiete, zu denen ja mit in erster Reihe Schlesien gehört. Er erklärte schließlich in aller Form, daß Preußen wegen verletzten Verfassungsrechts den Staatsgerichtshof anrufen werde.

Wenn darüber einige Blätter, zu denen auch die „Schlesische Volkszeitung“ des Breslauer Zentrums gehört, bereits von einer Gefährdung der preussischen Koalition munteln, so brauchen wir das nicht ernst zu nehmen, da dem Zentrum ein Uebergang zur Rechten auch in Preußen, wie es selbst weiß, schlecht bekommen würde. Der „Parlamentarische Dienst“ dieser Partei erklärt solche Gerüchte inzwischen auch bereits als „banale Phantasien“ und dementiert auch die Nachricht von einer Beschwerde des Reichsanwalters Marx bei den preussischen Zentrumsministern.

Wenn innerhalb des Zentrums jemand Anlaß zur Beschwerde durch die Wähler gegeben hat, so sind es die Reichstagsabgeordneten dieser Partei mit ihrer Abstimmlung vom Sonnabend an der Seite der Deutschnationalen. Das Breslauer Zentrumblatt darf nicht zimperlich sein, wenn wir die Dinge noch einmal beim rechten Namen nennen wollen. Die Liebesgabe an Bayern unter gleichzeitiger Kürzung der Mittel für Schlesien, die hier zur dringendsten Vinderung der Arbeitslosigkeit und Unterstützung notleidendster sozialer und kultureller Einrichtungen bestimmt waren — diese ungeheuerliche Herausforderung ihrer Wahlkreise werden die schlesischen Abgeordneten des Bürgerblocks noch lange und gründlich vorgerieben erhalten. Wie steht es denn mit der angebliehen Erhöhung von 15 Millionen auf 25 Millionen für diese Beihilfen, auf die sie sich herausreden?

Im Vorjahr wurden für die preussischen Ostgebiete aus Reichsmitteln im sogenannten Sofortprogramm 41 Millionen bewilligt. Die Reichsregierung setzte in den Voranschlag diesmal nur 15 Millionen ein. Erhöhungsanträge Preußens im Reichsrat und der Sozialdemokraten im Reichstag wurden vom Bürgerblock abgelehnt, selbst als sie sich zuletzt auf 30 Millionen beschränkten. Die Regierungsparteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen setzten „für die bedrängten Grenzgebiete“ nur 25 Millionen ein, bestimmten aber diesmal die Hälfte davon für Süddeutschland, so daß für die preussischen Gebiete nur noch 12½ Millionen übrig blieben. Im allgemeinen Einvernehmen war vorher festgelegt worden, daß daran jetzt auch Schlesien beteiligt wird, das 2½ Millionen erhält, so daß alle preussischen Ostprovinzen diesmal an Kulturzuschüssen mit sozialer Beihilfe statt 41 Millionen nur 10 Millionen erhalten — dank der glorreichen Finanzpolitik des Bürgerblocks!

Die allgemeinen unsozialen Wirkungen des Aufbrauchs der letzten Haushaltsreserven und der Hochhaltung der Konsumbesteuerung durch diesen Finanzausgleich haben wir ja bereits dargelegt.

Die lange Reichstagsdebatte, von der ein Teil der bürgerlichen Presse möglichst wenig Aufheben macht, brachte dann noch eine zweite hochwichtige Debatte, nämlich die Einbringung des Arbeitszeitgesetzes des Bürgerblocks. Für die Sozialdemokratie sprach dazu der Bundesvorsitzende der Freien Gewerkschaften, Genosse Trajmann, der sachlich auf den Abstand zwischen den Gewerkschaftsforderungen zur Arbeitszeit und diesem faulen Kompromißgesetz hinwies. Die Ausrufe von der ungünstigen Wirtschaftslage, die kein größeres Entgegenkommen an die Arbeiter gestattet, wies er mit nackten Ziffern über sinkende Rohstoffkosten,

steigende Fertigwarenpreise, steigende Dividenden zurück, denen er wirkungsvoll die steigenden Krankheits- und Unfallziffern gegenüberhielt, die ja nicht zuletzt auf die zum Teil unermesslich verlängerte Arbeitszeit zurückzuführen sind. Der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald konnte die sachliche Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik nicht bestreiten, vertröstete aber zum Teil auf ein späteres Arbeiterschutzgesetz und meinte im übrigen, daß Fortschritte doch bereits in dem vorgelegten Entwurf gegeben seien. Er vergaß nur, hinzuzufügen, daß es durchaus von den Stimmen der christlichen Gewerkschafter im Reichstag abhängt, über diese Fortschritte hinauszugehen und ein Gesetz im Sinne der Gewerkschaftsforderungen durchzubringen. Ohne die Stimmen der Stegerwaldleute hat ja der Bürgerblock keine Mehrheit im Reichstag und mit ihnen hätte sie die Linke. Stegerwald will also nicht mehr als das faule Kompromiß. Die Arbeiter aber werden damit keinen faulen Frieden schließen, sondern nur gezwungenermaßen in einer Reihe von gewerkschaftlichen Kämpfen — deren Opfer wir ihnen sparen wollten — Weiteres zu erkämpfen suchen.

Die Sonnabend-Sitzung des Reichstages galt zunächst der Beratung der Hauszinssteuer-Vorlage.

Abg. Niedermann (Soz.)

schildert die ungeheure Wohnungsnot und meint, durch den Neubau von Wohnungen werde man den Bau von Gefängnissen und Irrenhäusern sparen. Statt dessen aber verwenden die Länder den größten Teil der Hauszinssteuer, die ursprünglich zum Wohnungsbau bestimmt war, für fiskalische Zwecke. Der Redner beantragt deshalb, den Ländern wenigstens zu verbieten, daß sie mehr als 20 Prozent der Friedensmiete für ihren allgemeinen Finanzbedarf verwenden.

### Die Internationale gegen die Kriegsgefahren auf dem Balkan und in China.

Paris, 4. April. (Eig. Funkbericht.)

Am Sonntag tagte in Paris eine Konferenz der Sozialistischen Internationale mit der Gewerkschaftsinternationale, die sich mit den brennendsten Fragen beschäftigte: dem jugoslawisch-italienischen Konflikt, den Ereignissen in China und dem Faschismus. Die Gewerkschaftsinternationale war durch ihren Präsidenten Dubouche und die beiden Vizepräsidenten Jouhaux und Mericus vertreten. Von der Sozialistischen Internationale waren anwesend der Generalsekretär Fritz Adler, Wels für Deutschland, Brodway für England, Delegierte Hollands, Belgiens, Italiens, Australiens, der Tschechoslowakei und der Schweiz. Frankreich war durch Longuet und Renaudel vertreten. Auch Léon Blum war anwesend. Die Morgen Sitzung wurde ausschließlich durch ein Exposé eines jugoslawischen Delegierten über die Lage auf dem Balkan und in Albanien ausgefüllt. In der Nachmittags-Sitzung wurde in eine Prüfung der Ereignisse eingetreten und eine Kommission gebildet, die drei Resolutionen über das Balkanproblem, über China und über den Faschismus vorlegen sollte.

In der um 11 Uhr durch Adler eröffneten Nachmittags-Sitzung nahmen die Konferenz nach längerer Debatte die drei Resolutionen an. In der ersten verlangt die Sozialistische Internationale in Übereinstimmung mit der Gewerkschaftsinternationale im Namen der gesamten Arbeiterklasse, daß der jugoslawisch-italienische Konflikt vor dem Völkerbund behandelt wird, der über die von Italien gegen Jugoslawien vorgebrachten Beschuldigungen selbst eine Untersuchung anstellen soll. (Nach den Wünschen Mussolinis und der englischen konservativen Regierung soll der Konflikt auf einem geheimdiplomatischen Wege „direkt“ ohne den Völkerbund „erledigt“ werden! Red.) Das Ergebnis soll in der Weltpresse veröffentlicht werden. Schließlich wird noch verlangt, daß Albanien davor geschützt werde, überhaupt unter irgend ein Protektorat, sei es italienisch oder jugoslawisch, zu fallen, selbst wenn dieses Protektorat vom Völkerbund gutgeheißen würde. In der zweiten Resolution über die Ereignisse in China verlangen die Sozialistische und die Gewerkschaftsinternationale die Abschaffung der ausländischen Privilegien in China, den Verzicht auf die Konzessionen und die Zurückziehung sämtlicher Truppen und Kriegsschiffe, die bisher dorthin entsandt worden sind, „um unangenehme Privilegien zu verteidigen“. (Die Aktionen der englischen Arbeiter setzen die Beschüsse, die ähnlich schon einmal gefaßt wurden, inzwischen bekanntlich bereits in Latent um. Red.) In der dritten Resolution spricht sich die Konferenz sehr klar gegen die Machenschaften des Faschismus aus, der andauernd alle Friedensbemühungen der Völker sabotiert. (Die Teilnahme der Gewerkschafts-Delegierten deutet auf Beratung auch der praktisch angewendenden Mittel der Arbeiterklasse gegen die aktuellen Kriegsgefahren hin. Red.)

Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete, so muß der Mehrbetrag ausschließlich zum Wohnungsneubau verwendet werden.

Abg. Hölein (Komm.) bezeichnet den Kompromißentwurf als ein „Konglomerat aus Raub- und Unterdrückungswillen“ und erhält dafür einen Ordnungsruf. Der Redner beantragt Beschränkung der Miete auf 80 Prozent der Friedensmiete bis 1940, Verwendung von 20 Prozent des Mieteertrages für Instandsetzungen unter Kontrolle des Mieterrats. Schulden und Eigenkapital des Hausbesitzers sollen auf 25 Prozent abgewertet, der Rest als Sicherheitshypothek des Reiches mit 5 Prozent verzinst werden. Der Zinsetrag soll zu zwei Zehnteln Inflationsgeschädigten, zu einem Zehntel Kriegsbeschädigten, Erwerbslosen und Sozialrentnern, zu sieben Zehnteln dem Kleinwohnungsbau zugute kommen.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) hält den Zeitpunkt der Mietererhöhung für unglücklich. Man hätte bis zum Herbst die weitere Wirtschaftsentwicklung abwarten sollen. Der Redner beantragt, wenigstens auf besonders schwer unter der Hauszinssteuer leidende Gewerbe Rücksicht zu nehmen und die Saisonbetriebe, insbesondere die Hotels und Pensionen in Badeorten, nur für die Kurzeit zu dieser Steuer heranzuziehen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch.) legt zwei Entlastungsanträge vor, die Aufhebung der Hauszinssteuer, soweit sie fiskalischen Zwecken dient, und Verwendung der Steuer für Mietsbeihilfen an leistungswahrende Mieter, für Reparaturen und Wohnungsneubauten verlangen, wobei private Bauherren ebenso berücksichtigt werden sollen wie die gemeinnützigen Baugenossenschaften. Die Hausmiete sollen für ihre Privatwohnungen von der Steuer befreit werden.

Abg. Seiffert (Unwertp.) beantragt, nur 20 Prozent der Friedensmiete für Hauszinssteuer zu erheben, die restlichen dem Wohnungsbau zugute kommen soll. Für Zweizimmer-Wohnungen sollen nicht mehr als 80 Prozent, bis 4 Zimmer nicht mehr als 100 Prozent der Friedensmiete bezahlt werden.

Sämtliche Anträge zur Hauszinssteuerfrage werden abgelehnt. Es bleibt bei der bisherigen Regelung.

Zur Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile erklärt

Preussischer Ministerpräsident Braun,

sein Widerpruch richtet sich nicht gegen den Finanzausgleich, sondern nur gegen die Bevorzugung der süddeutschen Länder. Gegenüber dem Abg. v. Guérard bemerkt der Redner, wenn jetzt 50 Millionen im voraus den süddeutschen Ländern zugeführt würden, dann blieben diese nicht mehr für die anderen Reichsteile verfügbar. Es handle sich also um eine Benachteiligung der übrigen Reichsteile. (Sehr wahr! links.) Der Reichsrat habe die Hilfe für die Grenzgebiete auf 30 Millionen erhöht. Davon seien auf Vereinbarung der Regierungsparteien 5 Millionen gestrichen worden. Tatsächlich hätten also die Regierungsparteien an den berechtigten Forderungen Streichungen vorgenommen. Von dem 75-Millionenfond des Jahres 1925 habe Preußen, obwohl es die ganze Wucht des Ruhrereignisses tragen mußte, nur 30 Millionen erhalten. Davon habe es 25 Millionen den betroffenen Gemeinden zugewiesen, nur 4,3 Millionen seien in die Staatskasse geflossen zur Abgeltung der Schäden Preußens selbst, die nachweislich mehr als 60 Millionen betragen hätten. (Hört, hört! links.) Wenn Preußen für die 3½ Milliarden Vermögensschäden, die es durch die Erfüllung des Friedensvertrages erlitten habe, und die das Reich bisher nur mit 65 Millionen ersetzt habe (Hört, hört! links), nur 40 Millionen jährlich abgezahlt bekomme, die jetzt den süddeutschen Staaten zugeschanzt werden sollten, dann würde es in der Lage sein, auch für die besetzten Gebiete mehr zu leisten als bisher. Man solle sich doch vor Augen halten, daß Preußen das Land sei, das durch den unglücklichen Ausgang des Krieges große Gebiete und kolossales Staatsvermögen verloren habe, daß es also nicht zühtig zusehen könne, wenn anderen Reichsteilen besonderer Reservatrechte eingeräumt würden. (Lebh. Zustimmung links.)

Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärt, man habe es bei dem Grenzfond nicht mit der Reichsratsvorlage zu tun gehabt, sondern mit der Regierungsvorlage, die nur 15 Millionen enthalte. Diese Summe hätten die Regierungsparteien auf 25 Millionen erhöht. Man könne also nicht davon sprechen, daß die Regierungsparteien den gefährdeten Gebieten etwas gestrichen hätten. (1) (Hört, hört! rechts.) Außerdem macht der Redner darauf aufmerksam, daß im letzten Nachtragsetat 51 Millionen ausschließlich für die gefährdeten preussischen Gebiete bewilligt worden seien. (Erneutes Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Die berechtigten Wünsche Bayerns habe man damals zurückgestellt. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Vor den 75 Millionen, die vor zwei Jahren bewilligt wurden, seien Preußen nicht nur 30 Millionen zugefallen, sondern von den 35 Millionen, die das Reich für seine eigenen Schäden zurückbehalten habe, sei auch noch der größte Teil dem Wohnungsbau in den preussischen besetzten Gebieten zugute gekommen (Lebhaftes Hört, hört! bei der Mehrheit.) Im übrigen würden die Verluste Preußens heraus anerkannt.

Preussischer Ministerpräsident Braun:

Wenn des Reich 30 Millionen, der preussische Staat aber nur 4,3 Millionen aus dem 75-Millionenfond erhalten haben, kann man nicht davon reden, daß Preußen den Fonds für fiskalische Zwecke ausgenutzt habe. Es handelt sich hier um Kriegsschäden, für die das Reich allein aufzukommen hat. Was also den Ländern als Entschädigung gegeben wird, kann niemals als ein Vorzug für diese Länder gewertet werden und kann in keiner Weise verglichen werden mit dem, was jetzt den süddeutschen Ländern zugestanden werden soll. Diese sollen jetzt übrigens eine dauernde



Zumendung von 40 Millionen jährlich bekommen, während der Spandener für Preußens besetzte Gebiete nur eine einmalige Zumendung darstellte. (Sehr richtig! links.)

Hg. v. Scharz (Ztr.) erklärt, daß er mit dem preußischen Ministerpräsidenten gemeinsam stets für die Wohlfahrt der gefährdeten Gebiete einträte. (!)

Hg. Dr. Herz (Soj.) ist der Auffassung, daß man sich an den Wortlaut des Biersteuergesetzes halten müsse, der für eine Verringerung dieses Gesetzes die Annahme mit Zweidrittelmehrheit klar nachschreibe. Die Vorlage sei auch geeignet, im Ausland den Eindruck hervorzurufen, daß wir im Golde schwimmen.

#### Staatssekretär Dr. Popik

erklärt, nach Auffassung der Reichsregierung genüge eine einfache Mehrheit. 1919 habe man die Höchstüberweisungen auch mit einfacher Mehrheit herausgeholt. Dasselbe sei 1925 geschehen. Schon vor dem Kriege habe Bayern rund 35 Millionen aus der Biersteuer erhalten. 45 Millionen seien also heute angemessen. Man müsse dabei bedenken, daß Bayern immer kleiner geworden und in bezug auf direkte Steuern gewesen sei. Der Redner beruft sich auf juristische Autoritäten, wie Prof. Anschütz und Dr. Kahl für die Annahme, daß zur Erhöhung der Anteile eine einfache Mehrheit genüge.

#### Preussischer Ministerpräsident Braun

erklärt, er wolle dem Staatssekretär nicht auf seinen sehr verlässlichen dialektischen Regen folgen. Er überlasse das den Rechtsgelehrten. Prof. Anschütz habe sich nicht in dem Sinne des Staatssekretärs Popik ausgesprochen. 1925 habe man die 17,2 Millionen für Bayern festgelegt bei einer im Verhältnis zu heute glänzenden Finanzlage des Reiches. Wenn man diese Summe jetzt auf 45 Millionen erhöhe, müßten die anderen Länder darin eine Benachteiligung erdulden. Im übrigen möge der Staatsgerichtshof diese Frage entscheiden. Aber der Gesetzesentwurf ist ganz klar.

Hg. Roemer (Komm.) nennt das Vorgehen der Regierung und ihrer Mehrheit im Reichstag eine „ganz gewöhnliche Vergewaltigung der Gesetzgebung zugunsten des Bürgerklods“.

Hg. Landsberg (Soj.) erklärt, die Ausführungen des Professors Anschütz hätten sich auf etwas ganz anderes bezogen als die jetzige Vorlage. Von Auslegung könne hier überhaupt keine Rede sein, da der Wortlaut des Gesetzes vollkommen klar sei. Es bedürfe aber zur Annahme der Vorlage der Zweidrittelmehrheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung sämtlicher Heberungsanträge werden Finanzgleichgesetz und Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien und des Baierschen Bauernbundes angenommen. Die Schlussabstimmung über die Biersteuernovelle ist namenlos. Sie ergibt die Annahme des Gesetzes mit 193 gegen 148 Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Abgeordnete Hg. stellt fest, daß zwei Drittel der Abgeordneten anwesend waren, daß aber das Gesetz nur mit einfacher Mehrheit angenommen ist.

Auch der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung wird in zweiter Lesung unter Ablehnung aller Heberungsanträge in der Ausschussfassung angenommen. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden dadurch von 2,4 auf 2,62 Milliarden, die aus der Körperschaftsteuer von 350 auf 450 Millionen erhöht. Zur Deckung herangezogen werden auch 190 Millionen Betriebsmittelfonds und 200 Millionen Heberungsschüsse aus 1926. Die Heberungsgarantie für die Länder wird von 2,4 auf 2,6 Milliarden, die Biersteuerentfaltung von 22,7 auf 70,7 Millionen erhöht. Geht die Erhöhung der Betriebsmittelfonds der Branntweinmonopolverwaltung mit 25 Millionen.

Darauf werden eine Anzahl Etatsreste in zweiter Lesung erledigt. Es handelt sich im wesentlichen um Neueinstellung von Beamten, Streichung und Schaffung neuer Beamtenstellen, über die sich der Haushaltsausschuss bis zum Beginn der zweiten Etatslesung noch nicht schlüssig geworden war und die nachträglich beraten werden müssen. Im Haushalt des Innern wird vom Ausschuss die Erhöhung des Grenzfonds von 15 auf 25 Millionen vorgeschlagen.

#### Hg. Landadel (Soj.)

beantragt Erhöhung auf 30 Millionen unter besonderer Berücksichtigung von Niederösterreich.

Hg. Barthel (Dem.) verlangt 40 Millionen und Erhöhung der für Östpreußen bestimmten Summe.

Unter Ablehnung der Erhöhungsanträge wird der Fonds mit 25 Millionen angenommen, ebenso die übrigen Etatsreste. Es folgt die erste Lesung des Arbeitszeitgesetzes.

#### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

begründet die Regierungsvorlage. Dem Arbeitszeitgesetz, das in Arbeit ist, greife dieses Gesetz nicht vor. Deshalb seien auch die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge nicht berücksichtigbar, die über diesen Rahmen hinausgegangen seien. Eine „starre Regelung“ verträge die deutsche Wirtschaft noch nicht. Die Vorlage

beschränke sich darauf, die Missetände, die die Notverordnung von 1923 mit sich brachte, zu beseitigen. Dem Ueberstundenurwelen solle dadurch gesteuert werden. Die Ueberzeitung der Arbeitszeit-Häufigkeit von zehn Stunden werde von der Genehmigung der Ausschussbehörde abhängig gemacht, die Straffreiheit für Ueberstunden wieder aufgehoben; für genehmigte Ueberstunden würden Zuschläge von 25 Prozent eingeführt, von denen nur Saisonbetriebe befreit werden können. (Beifall bei der Mehrheit.)

#### Hg. Graßmann (Soj.)

erklärt, nachdem die Vorlage, die zur Milderung der Arbeitslosigkeit in den schlimmsten Wintermonaten beitragen sollte, bis heute verschleppt worden sei, hätten die Arbeiter keine Hoffnungen mehr. Selbst einzelne Verbesserungen des Entwurfs im Ausschuss könnten daran nichts ändern. Schon vor 5 Monaten haben die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften eine öffentliche Kundgebung erlassen, indem sie nicht nur gesetzgeberische und verwaltungstechnische Maßnahmen verlangten, sondern darüber hinaus das öffentliche Gewissen gegen die Zustände in der Arbeitszeitfrage aufrüttelten. Das in zwischen eine der damals beteiligten Organisationen ausgesprochen ist, ändert nichts an dem Inhalt dieser Kundgebung. Wir wenden uns ganz entschieden gegen die Grundsätze, mit denen die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter befämpfen. Die Rationalisierung hat nur dazu geführt, daß wir jetzt hohe Preise bei langer Arbeitszeit und unzulänglicher Löhne haben. (Sehr richtig! bei den Soj.) Sie hat die Ertragsfähigkeit der Unternehmungen außerordentlich gesteigert, die Betriebe mit Kontrollorganen belastet, um mit ihnen die Forderungen der Arbeiter zu behindern. Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, daß durch die Erwerbslosigkeit im Jahre 1925 1,6 Milliarden, im Jahre 1926 5,8 Milliarden Arbeitsstunden verloren gingen, der Leerlauf der Wirtschaft betrug 1925 4 Prozent, 1926 12 Prozent. (Hört! hört!) Der Verlust von Arbeitswerten betrug 1925 1,8, 1926 4 Millionen Mark. (Hört! hört!) Der Umfang der Arbeitslosigkeit übertrifft weitaus die schlimmsten Zeiten vor dem Kriege. Trotzdem die ungeheuren Ueberstunden! Von Kleinrentnern und kleinen Sparern wird hier oft gesprochen, von den riesigen Verlusten, die die arbeitende Bevölkerung in der Inflation erlitten hat, wird hier weniger geredet. Hätten die Arbeiter die wirtschaftliche Kraft der Vorkriegszeit, wir bräuchten dann kein Arbeitsgesetz, wir hätten uns dann unser Recht schon längst mit der eigenen Faust erobert. (Sehr richtig! bei den Soj.)

Die Zahl der Konkurrenz hat sich ständig gebessert. Die Preise für Rohstoffe bei Wolle, Kauchsch, Kupfer, Zink zeigen andauernd zurück. Die Preise für Baumwolle sind schon unter dem Vorkriegsstand, die Preise für Fertigerzeugnisse wurden aber erst kürzlich wieder um 10% erhöht. (Hört! hört!) In der Kohlen- und Eisenproduktion herrscht eine außerordentlich gute Konjunktur. Die Firma Krupp wollte noch vor einigen Monaten einen Reichsdarlehensvertrag, jetzt braucht sie kein Kapital mehr. Wir haben Geld übrig nicht nur auf dem Geldmarkt, sondern auch auf dem Markt für langfristige Anleihen. Die Industrie ist durch Zins- und Diskontierherabsetzung außerordentlich begünstigt worden. Die Produktion an Kohle und Stahl hat Rekordziffern erreicht. Welches Vertrauen man im Ausland zur deutschen Wirtschaft hat, zeigt die andauernde Steigerung des Kurz- und Darlehens. Zu welchen Ergebnissen die Rationalisierung geführt habe, zeigt die Steigerung der Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeiterzahl.

Die Sozialdemokratie hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie die heutige Wirtschaftskrise bekämpft; wir wollen die sozialistische Gemeinwirtschaft. Mit den Methoden, die die Unternehmer heute betreiben, unternehmen sie selbst die privatkapitalistische Wirtschaftsform. In Amerika weiß man, daß hohe Löhne, kurze Arbeitszeiten und niedrige Warenpreise die Produktion steigern, den Absatz vergrößern. Nicht der Krieg und die reiche Natur des Landes hat nach der Meinung der amerikanischen Wirtschaftler Amerika groß gemacht, sondern die Befolgung dieser Methode. Auch die, die bei uns den Namen von Wirtschaftlern führen wollen, müssen endlich die Scheuklappen ablegen, sonst laufen sie vom Schauplatz ihrer Tätigkeit verschwinden. Weil wir wollen, daß es unserm Volke gut gehen soll, weil wir nicht wollen, daß sich an Stelle der Demokratie eine Plutokratie entwickelt, fordern wir neue Wege in der Wirtschaft, und der soll zum Teufel gehen, der das nicht kann! (Lebhafter Beifall bei den Soj.) In England haben sich sogar Angehörige der Konservativen Partei im Unterhause für die Rationalisierung des Bahngüterverkehrs über den Weihnachtstag eingelassen. Die Londoner Konferenz bedeutet nach der Meinung des englischen Arbeitsministers für die beteiligten Länder eine Bindung, sie darf nicht „definiert“ werden. Der deutsche Entwurf entspricht nicht den Beschlüssen dieser Konferenz. Die jetzige Vorlage wird ja im Ausschuss gründlich beraten werden, aber schon heute wissen wir: dieser Entwurf ist eine glatte Kapitulation der Regierung und der Regierungsparteien vor den Unternehmern. (Sehr richtig! bei den Soj.)

Von weiblichen Textilarbeitern werden bei Arbeitslichter zwischen 70 und 80 Stunden noch Ueberstunden verlangt. Bei

allem gehen trotz Senkung der Baumwollpreise die Preise für Textilfabrikate nicht herunter. Weidlich liegen die Dinge in der Metall-, in der Papier- und in anderen Industrien, vor allem in der Bergbau, der sich glänzend erholt hat, auch schon, bevor der englische Bergwerksstreik sich ausweitete konnte. Das zeigt besonders deutlich am Beispiel der Stahl- und Bergwerksarbeiter an der Ruhr. Die andere Seite dagegen, die Arbeiter: die Zahl der Unfälle und der Erkrankungen im Bergbau steigt in beunruhigender Weise, trotz der technischen Verbesserung der Betriebe.

Wir waren uns bei unserer ersten Kundgebung dessen wohl bewußt, daß wir durch die Befestigung der Mehrarbeit nicht mit einem Schlage die ganze Arbeitslosigkeit beheben können. Aber wir wußten, daß wir dadurch mehrere Hunderttausende wieder in Arbeit bringen könnten, vor allem diejenigen, die schon seit Jahr und Tag erwerbslos sind und damit der Verzweiflung ausgeliefert werden. Wir wissen, daß auch die christlichen Gewerkschaften gegen die Regelung sind, die diese Vorlage bringt. Wenn sie unsere letzte Kundgebung nicht unterschrieben haben, so bedauere ich das. Die Arbeiterwähler der Regierungsparteien werden jetzt sehen, wie ihre Interessen in dieser außerordentlich wichtigen Frage umgangen werden. Als verantwortlicher Vertreter von Millionen von Arbeitern und Angestellten, als Wirtschaftler, warne ich vor den Folgen dieser Gesetzgebung. Darüber müssen Sie sich klar sein: wird dieser Gesetzentwurf im Ausschuss nicht grundlegend geändert, und dafür bestehen bei der Zusammenlegung der Regierungsmehrheit keine Aussichten, so werden Sie aus den wirtschaftlichen Kämpfen nicht mehr herauskommen, bis ein Zustand herbeigeführt wird, der auch den Arbeitern und Angestellten das Leben erträglich macht. (Lebh. Beifall v. d. Soj.)

Hg. Dr. Siegerwald (Ztr.) erklärt, die große sozialpolitische Gesetzgebung der neunziger Jahre habe man ja auch gegen die Sozialdemokratie durchsetzen müssen. (Lebh. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum erstrebe in der Meistpolitik wie in der Arbeitszeitfrage eine vernünftige organische Weiterentwicklung. Möglich könne man den Weihnachtstag nicht einführen. Die Vorlage bringe aber unbestreitbare Fortschritte. (Zuruf links: Die Praxis wird es erweisen!) Wir hätten doch auch noch Gewerkschaften, um die Vertretung des Gesetzes durchzusetzen. (Gegenruf links: Ausgerechnet die Christlichen!) Die christlichen Gewerkschaften hätten die anderen nicht im Stich gelassen. Der Entwurf der Gewerkschaften vom Oktober habe nur Rückschlüsse dargestellt, niemand habe sich auf den Wortlaut als Gesetz festgelegt. (Hört! hört! im Zentrum.) Uebrigens könnten sich ja Sozialdemokraten und Kommunisten nicht einmal auf einen gemeinsamen Entwurf einigen. Die Christlichen hätten ihre Unterschrift nicht zurückgezogen, sondern nur an der zweiten Eingabe der Gewerkschaften nicht teilgenommen, weil inzwischen die Verhandlungen der Parteien begonnen hatten, bei denen man auf Durchsetzung seiner wesentlichen Forderungen hätte hoffen können. Die Regierung sei auf die Regierungsstrategie zurückzuführen. Das meiste, was die Sozialdemokratie verlange, könne erst im Arbeitszeitgesetz durchgeführt werden. Auch das Zentrum wolle den Weihnachtstag, aber nicht den schematischen.

Hg. Dr. Mademacher (Dnat.) erklärt, in Arbeitgeberkreisen herrsche lebhafteste Beunruhigung, weil sie in dem Ausgang der Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz einen vollen Sieg der Gewerkschaften sähen. (!) Nordamerika habe ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse und könne den Arbeitern auch andere Lebensverhältnisse bieten als Deutschland; außerdem aber fehle drüben auch die verheerende Tätigkeit der Gewerkschaften (?) und der Sozialdemokratie. Amerika sei groß geworden durch den Leistungslohn, den die Sozialdemokratie leider ablehne. Bedenken hat der Redner vor allem gegen die Bestrafung freiwilliger Mehrarbeit.

Darauf wird die Weiterberatung auf Montag verlag.

### Aus dem Reich.

Gefängnis wegen Beleidigung Hindenburgs. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wurde von dem Erweiterten Schöffengericht in Essen der Bergmann Paul Grackch aus Gelsenkirchen wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die Wollkammern ohne Mandat in Thüringen. In der Donnerstagssitzung des Thüringischen Landtags wurde anlässlich der Erledigung der Wahlproteste das einzige wöllische Mandat mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten für ungültig erklärt, weil seine Zuteilung nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die anderen Parteien enthielten sich der Abstimmung, nachdem ein Antrag, die Unzuständigkeit des Landtags zugunsten eines Wahlprüfungsgerichts festzustellen, abgelehnt worden war. Dabei bezeichnete der Führer der Deutschen Volkspartei die von den Demokraten angebotenen Koalitionsverhandlungen für gefährdet, wenn die SPD. das wöllische Mandat für unzulässig erklären würde. Der wöllische Abgeordnete verließ sofort nach der Abstimmung den Saal unter Drohungen gegen die SPD.

## Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.

Autorisierter Uebersetzung von Kathilde Wertheimer.

67] Verschiedene Dinge lagen offen zu Tage. Zumindest verdächtige der faule Georg Witz Culppeper des Schmuggelns. Aber das war uninteressant. Von Bedeutung war, das Pasquett'sche Bild eine Fälschung gewesen. Er hatte die Notwendigkeit nicht in Romam verbracht. Er war vor der Zeit weggefahren und erst einen Tag nachher zurückgekommen. Ueberdies von jenseits des Kanals zurückgekommen. Also beinahe sicher aus England.

Stimmte diese Vermutung, so hätte man allen Grund, ihn der Beihilfe am Mord zu verdächtigen, ja, vielleicht der Täter-schaft selbst. Aber, gesetzt diesen Fall, wieviel war dann Rosenbaum beteiligt und noch mit dem Koffer? Nein, das war hantlos. Rosenbaum hatte man tatsächlich mit der Leiche im Arm gesehen.

Gescheh, ja; aber von wem? Von Culppeper, dem Vater jenes Mädchens, welches Pasquett von England abgeholt hatte. Wenn Witz Culppeper eine Helfershelferin war, weshalb denn nicht auch ihr Herr Vater? Culppeper konnte gerade so gut die ganze Geschichte von Rosenbaum und der Leiche erfinden haben, um Pasquett zu retten.

Ein Gedanke plügte Witz durch den Kopf. Geht den Fall Pasquett und Rosenbaum wären ein und dieselbe Person. Aber nein! Denn eines Jamb außer allem Zweifel, es gab einen wirklichen Rosenbaum, der in London und Glasgow gewesen und von Herben aus geschlüpft war. Er konnte unmöglich Pasquett sein, wenn er nicht die Fähigkeit besaß, an zwei Orten zu gleicher Zeit aufzutreten. Ihre Nachforschungen hatten zweifellos ergeben, daß er sich in England aufgehalten hatte, als Pasquett in Romam war.

Außerdem waren Rablett und Rosenbaum zusammen auf dem Schiff nach England gereist und geradezu lächerlich erschien ihm die Vermutung, daß Pasquett, der Balenfreund Rabletts, sich so hätte verhalten können, daß er selbst den Millionär irreführt hätte. Nicht weniger lächerlich wäre es, sich vorzustellen, daß Rablett von Pasquett'scher Verleumdung gewußt hätte. Konnte man sich einen Grund hierfür denken? Niemand teilte seiner eigenen Ermüdung in dieser Art und Weise Holz.

So mehr Witz nachdachte, desto schärfer erschien ihm das Rätsel. Er war angefaßt von Georges Ferrys Augen überzeugt, daß Pasquett in den Mord verwickelt war und geradezu Culppeper als seinen Komplizen zu betrachten. Aber es fehlte

ihm noch vieles zur Lösung des Rätsels; nein, er brauchte noch mehr Zeugenaussagen, um sich richtig damit zurecht zu machen. Diese Aussagen müßte er sich ohne Aufschub verschaffen. Sein Urlaub war ruiniert. Aber was machte das? Wilson war in seinem Element, durch die Hoffnung, das verwickelteste Rätsel seiner ganzen Karriere zu lösen, aufgepaßt.

Wilson als Brot und Käse, trank Koff in einem Dorfweizhaus und schlenderte langsam nach Parame zurück. Er wollte sich von der Rückkehr des Bootes vergewissern und in diesem Fall vielleicht sogar Rosa Culppeper einen Besuch abstatten. Wiederum schloß er sich durch das Büchertür und sah ins Bootshaus. Es war leer; das Mädchen war noch nicht zurückgekehrt. Er schritt auf das Haus zu. Mrs. Culppeper sah wieder im sonnigen Garten und las in einem Buch. Wilson ging auf die Eingangstür los und klopfte. Marie öffnete und er erkundigte sich, ob Mrs. Culppeper zu Hause sei. Die alte Wagg war ihm einem mißtrauischen Blick zu, als ob sie den Grund seines Kommens erraten wollte, und eilte fort, um ihre Herrin zu benachrichtigen. Offenbar hatte sie ihn wiedererkannt, aber sie ließ es sich nicht merken. Kurz darauf kam sie zurück und führte ihn zum Haus herum an die Stelle, wo ihre Herrin lag.

Hoffentlich halten Sie dies nicht für eine unzersehbliche Belästigung“ begrüßte sie Wilson. „Ich verbringe meinen Urlaub hier in dieser Gegend und da ich Sie im Garten sitzen sah, wollte ich Ihnen und Ihrer Tochter meine Aufmerksamkeit machen. Sie werden sich wohl noch an meinen Besuch im Winter erinnern.“

Mrs. Culppeper schien verwirrt, aber keine Feststellung, nicht dieartig gekommen zu sein, beschwor sie sie.

Reider hat sowohl mein Mann als auch meine Tochter momentan nicht hier. Bitte, nehmen Sie Platz.“

Wilson setzte sich neben sie. „Ist Witz Culppeper in England?“ fragte er.

Mrs. Culppeper runzte. „In England?“ wiederholte sie. „Ja, kein ... sie hat nur einen Ausflug gemacht ... mit ihrem Boot.“

„Ich dachte, sie wäre bei ihrem Vater in London.“

„Ja, nein, wir sind schwerfällige, feste Leute Rosa und ich.“

Sicherlich führt Witz Culppeper dann und wann nach London, jetzt ist ihr Vater fast meist dort aufhält. Sie sollten selbst manchmal hinkommen, Mrs. Culppeper.“

Mrs. Culppeper, so schien es ihm wenigstens, stutze, ehe sie antwortete. „Sie müssen sich irren, Mr. Wilson. Rosa ist bestimmt nicht in einer der beiden Städte gewesen.“

„Ich kann mich nicht irren, Mrs. Culppeper,“ entgegnete Wilson lachend, „obgleich ich wirklich vergessen habe, wo er gewesen ist. Es muß an irgend einem Orte der Südküste gewesen sein, das weiß ich bestimmt. Ich will versuchen, nachzudenken, wo. Vielleicht wissen aber Sie, wo sie sich in England aufgehalten hat. Ich werde es sicherlich so leicht haben.“

„Rosa ist nur ein- oder zweimal in England gewesen ... mit ihrem Vater. Aber ich fürchte, daß ich vergessen habe, wohin sie damals gefahren sind. Vielleicht begegnete Sie ihr in London.“

„Nein, in London wars bestimmt nicht. Irgendwo an der Südküste. Ein kleines Nest, soviel ich weiß. Ich bin von Southampton mit dem Auto hingefahren. Sie war mit ihrem Boot dort - ein hübsches Motorboot, Mrs. Culppeper. Ich erinnere mich genau. Ihre Tochter vergißt man nicht so leicht. Aber bei Gott, den Namen des Dries weiß ich nicht mehr. Ach, es ist ja nicht so wichtig.“

Nachdem es Wilson gelungen war, durch diese plumpe List den Namen des Dries zu erfahren, wo Rosa Culppeper in England zu landen pflegte, wechselte er rasch das Gesprächsthema und plauderte über belanglose Dinge, in der Hoffnung, Mrs. Culppeper's Bericht zu entziffern. Es dauerte nicht lange, bis er sie wieder in gute Laune versetzt hatte. Dann kam er auf Umwegen wieder auf seine Absicht zurück. Er begann von den Vor- und Nachteilen der verschiedenen großen und kleinen Orte an der Südküste Englands zu sprechen und beobachtete dabei Witz Culppeper aufmerksam, ob irgend ein von ihm genannter Name sie fügen lasse, oder ihr Mißbehagen verursache. Sie tat nichts dergleichen, aber als er Bournemouth und Poole erwähnte, fiel ihm auf, daß sie plötzlich den Gegenstand wechselte und bei dem ersten Gelegenheit ausstand, ihm die Hand reichte, für den freundlichen Besuch dankte und nochmals die Abwesenheit ihres Gatten und ihrer Tochter bedauerte. Wilson verabschiedete sich, aber er war keineswegs davon überzeugt, daß er den gewünschten Aufschluß erhalten hatte, ob er wollte, daß es zumindest der Witz wert sein könne, in der Nachbarschaft von Bournemouth und Poole etwas Umfrage zu halten. Poole besaß einen hervorragenden Hafen und viele Motorboote, so viele, daß es mehr oder weniger nicht auffallen würde. Ein Jitot - oder besser, die Verbindung eines Jitotes - meines Blickschiffers fiel ihm ein.

Wo verfährt man einen Riesenstein? Am Strande. Wo verfährt man ein Blatt? Im Walde,“ legte er leise vor sich hin, als er in der Richtung auf St. Ma.o heimwanderte.

(Fortsetzung folgt.)



# Stresemann gegen ein preußisches Konkordat mit dem Vatikan.

## Wüßte er lieber ein Reichskonkordat schließen? Schulforderungen der Volkspartei.

Auf der Kulturtagung der Deutschen Volkspartei nahm unter anderem auch der Reichsaussenminister das Wort zu Erklärungen über die Konkordatsfrage. Die Frage lautete nach den Vorgängen in Bayern nicht mehr: „Reichskonkordat oder nicht?“, sondern „Reichskonkordat oder Landeskongordat?“ Vor allem müßte jetzt die Frage eines preußischen Konkordats praktisch geprüft werden, und da heiffe es, zu gegebener Zeit in die Abwehr zu treten. „Die Dinge sind immerhin schon weit vorgeschritten.“ Sie seien so bedeutsam, daß sich im gegebenen Falle auch ein Parteitag der Deutschen Volkspartei mit ihnen befassen müßte. Stresemann schloß: „Wir sind noch nicht so materialisiert, daß nicht in dieser Frage eine große Bewegung durch unser Volk gehen müsse.“

Am Schluß der Kulturtagung der Deutschen Volkspartei wurde folgende Entschließung zum Beschluß erhoben:

Wir das zu schaffende Reichsschulgesez, dessen baldige Einbringung dringend notwendig ist, stellt der Reichsschulsausschuß der Deutschen Volkspartei folgende Forderungen, deren nachdrückliche Vertretung er von der Reichstagsfraktion erwartet: Das Gesetz muß 1. die Schulhoheit des Staates unzweideutig zum Ausdruck bringen. Das verfassungsmäßig anerkannte Recht der Eltern findet seine Grenze an dem überragenden Recht des Staates. Es muß 2. die Erziehung der deutschen Jugend zur nationalen Bildungseinheit sichern; 3. die unterrichtliche Leistungsfähigkeit der Schule gewährleisten; 4. die Freiheit der Lehrerpersönlichkeit schützen; 5. in Wahrung der Gewissensfreiheit die geschichtlich gewordenen Schularten in ihrem Bestand und ihrer Wesensart erhalten und sie in ihrer Entwicklung nicht behindern. Die nach Artikel 146 Abs. 1 der Reichsverfassung vorgesehene „für alle gemeinsame Schule“ muß den Charakter einer christlichen Simultanschule tragen. Die weltliche Schule ist auf geschichtliche Grundlage zu stellen.

Ferner wurde folgende Entschließung gefaßt: Getreu den liberalen Ueberlieferungen bekennt sich der Reichsschulsausschuß der Deutschen Volkspartei aufs neue zu dem Gedanken der Staatshoheit auf dem Gebiete der Schulpolitik. Mit diesem Gedanken ist der Abschluß eines Konkordats mit der katholischen Kirche, das auf das Schulgebiet übergreift, unvereinbar. Der amtliche Einfluß der Kirchen auf den Religionsunterricht muß in eine Form gebracht werden, wodurch die letzte Entscheidung über Zahl der Religionsstunden, Lehrplan, Lehrbücher und verglichen dem Staat verbleibt. Insbesondere darf dieser Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht nicht zu einer Kontrolle der Religionslehrer übersteigert werden.

Schließlich wurde einer Entschließung zugestimmt, in der der Reichsschulsausschuß der Deutschen Volkspartei neben der Vorlage eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (Reichsschulgesez) baldige Vorlage eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 147 (Privatschulgesez) fordert.

# kleine Wirtschaftsfragen im Landtag.

Der Preussische Landtag erledigte in seiner Sonntags-Sitzung zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen und nahm ohne Besprechung die Etats der Oberrechnungskammer und der Staatsschuldverwaltung in zweiter Lesung an. Zum Etat der Staatlichen Porzellan-Manufaktur in Berlin sprach

Abg. Hartleb-Hannover (Soz.), der darauf hinwies, daß wegen der ungünstig liegenden Verhältnisse der Porzellanindustrie auch dieses alte Staatsinstitut im letzten Jahre nur 67 Prozent seiner Produktionsmöglichkeit ausschöpfen konnte. Er empfahl eine Umstellung des Betriebes nach der Richtung, daß künftig weniger bemaltes als vielmehr weißes Gebrauchsporzellan und technisches Porzellan hergestellt werde. Insbesondere forderte er von der Leitung soziales Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft und Entgegenkommen an die zuständigen Gewerkschaften. — Nach der Annahme dieses Etats nahm zum Haushalt der Preussischen Staatsbank

Abg. Dr. Waentig-Halle (Soz.) das Wort. Er kritisierte vor allem die hohen Zinssätze des preussischen Leihamtes — 24 Prozent pro Jahr — als viel zu hoch. Da dieses Institut insbesondere den Verarmten der Armen helfen sollte, dürfe auf seinen Fall die Rückstufung auf private Pfandleiher bei der Zinsfestsetzung maßgebend sein.

# Aus aller Welt.

## Unfall bei einem Autorennen.

Am Sonntag ereignete sich auf der nahe bei Berlin gelegenen Chaussee Weizen-Freienwalde ein schwerer Automobilunfall. Mit dem Wagen, der von einem Hausbesitzer Papenfus aus Oberschöneweide gesteuert wurde, sollte bei 90 Kilometer Geschwindigkeit ein anderer Wagen überholt werden. Der Versuch mißglückte, indem das rechte Vorderrad brach, das Auto hochriss und nach zweimaligem Uberschlagen die vier Insassen in weitem Bogen auf die Straße geschleudert wurden. Die Verletzungen des Wagenführers sind so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Das Unglück ereignete sich am Anfaß einer Frühlingsfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs, Gau Brandenburg, an dem 116 Automobile und 150 Motorräder beteiligt waren.

## Vor den Augen der Braut erschossen.

In einem Hotel in Berlin erschoss sich am Sonnabend vormittag der 27jährige Kaufmann Hans Rönig vor den Augen seiner Braut. Das Mädchen wollte den Bräutigam abholen, um die künftige Wohnung zu besichtigen, da die Heirat bevorstand. Jetzt mußte der Bräutigam zugeben, daß die Angaben über seine Stellung, die in Aussicht stehende Wohnung usw. nicht stimmten. Während der Auseinandersetzung griff er plötzlich zur Waffe.

## Eine Zigeuner-Wahlzettel.

Aus Wien wird uns geschrieben: Bei den letzten Gemeinderatswahlen im Burgenland nahmen fast alle burgenländischen Zigeuner teil, welche das Wahlrecht besitzen. In den meisten Gemeinden gaben sie ihre Stimmen für die verschiedenen politischen Parteien ab. In Sulzriegel haben die Zigeuner jedoch eine eigene Wahlzettel eingereicht, aber wegen dieser Zigeunerliste entfiel die Wahl. Die Wahlzettel enthielt nämlich schwere Formfehler. An Stelle der Unterschriften der Wahlzettel und bei den Unterschriften der Liste — es sind deren zwanzig vorgeschrieben — standen meist nur Kreuzer, da die Zigeuner nicht schreiben und lesen können. Als die Parteien in Sulzriegel von der Zigeunerliste erfuhren, zogen sie ihre Listen zurück, denn, wie sie meinen, können Schreibkundige Männer nicht im Gemeinderat mit unqualifizierten Zigeunern zusammenhängen. So lehnten sie durch, daß die Zigeunerliste normalerweise nicht anerkannt und die Wahl auf ein späteres Datum verschoben wurde. Die Zigeuner wollen aber nächstens wieder kandidieren.

Abg. Dr. Leibig (D. Fr.) schloß sich für die Schaffung von Industriekrediten zur Erlangung langfristiger Kredite für die Kleinunternehmungen nach dem Muster des Freistaates Sachsen ein. Darnach wurde auch dieser Etat angenommen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht die Beratung des Fortsetzels.

# Zurückweisung einer völkischen Pöbelelei durch den preussischen Ministerpräsidenten.

Zu Beginn der Reichstags-Sitzung vom 2. April nahm vor Eintritt in die Tagesordnung der völkischen Ministerpräsident Braun das Wort zu folgenden Ausführungen:

„In der 282. Sitzung des Reichstages vom 21. März 1927 hat der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fried ausweislich der amtlichen Niederschrift über einen Vertreter der völkischen Staatsregierung, den stellvertretenden hauptamtlichen Bevollmächtigten Preußens im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Badt, folgendes gesagt:

„Dieser Mann, der vielleicht während des Krieges in Galizien irgendwo mit alten Hosen geknorr hat, maßt sich an, über einen deutschen Frontkämpfer zu urteilen.“

Demgegenüber stelle ich fest, daß Herr Ministerialdirektor Dr. Badt, der, — seit 1908 im preussischen Staatsdienst — bereits vor dem Kriege die beiden juristischen Staatsprüfungen mit Prädikat bestanden hat, schon im August 1914 an der Front verwundet und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden ist, das er mit nachfolgendem Schreiben erhalten hat:

Binarville, 24. November 1914.

Mein lieber Herr Badt!

Anbei überende ich Ihnen das Eiserne Kreuz 2. Klasse, welches Ihnen Sr. Majestät für besondere Umlicht, Unerschrockenheit und Kaltblütigkeit beim Melddereiten im heftigen feindlichen Feuer am 22. und 23. August 1914 verliehen hat. Die Herren Offiziere, die Unteroffiziere, die Mannschaften der Kolonne und ich des glückwünschenden Sie hierzu von Herzen.

Ihr ganz ergebener

gez. Roman Schmidt,

Hauptmann d. R., Kolonnenführer II. G.

Stempel:

Rgl. Preuß. Feldartillerie-Regiment  
v. Peuzer (1. Schl.) Nr. 6 Breslau  
L. (S.) Mun.-Kol.

Auch in den späteren Kriegsjahren ist er gerade von seinen militärischen Vorgesetzten stets in ganz hervorragender Weise qualifiziert worden.

Wenn demgemäß der Herr Abgeordnete Dr. Fried in einer Gruppe Galiziens einen Mann namens Badt kennen gelernt hat, der mit Hosen knorrte, dann ist dieser Mann mit dem preussischen Bevollmächtigten im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Badt, nicht identisch. Ich muß daher seine Verunglimpfung dieses Bevollmächtigten Preußens zum Reichsrat, Herrn Ministerialdirektors Dr. Badt, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.“

# Der lettische sozialistische Außenminister über seinen Russenpakt-Entwurf.

Warschau, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische „Robotnik“ veröffentlicht als Erwiderung auf die vor einigen Tagen an gleicher Stelle erschienenen Versicherungen des polnischen Außenministers über die russisch-lettischen Verhandlungen bezüglich eines Garantiepaktes am Sonnabend ein Interview mit dem lettischen Außenminister Genossen Jozelen, in dem dieser sich über die lettische Außenpolitik äußert. Der Minister stellt zunächst fest, daß die politische und geographische Lage Lettlands eine kritische Einstellung zu seinen Nachbarn zur Notwendigkeit macht und erklärt, daß Lettland nicht wünscht, in kriegerische Verwicklungen mit Rußland hineingezogen zu werden. Lettland führe seit einem Jahre mit Rußland Verhandlungen zum Abschluß eines Garantiepaktes und hoffe, daß sie bald zu Ende geführt werden, obwohl in der Klausel, welche das Verhältnis Lettlands zum Völkerbund betrifft, noch keine Regelung erfolgt sei. Lettland wüßte weiterhin Mitglied des Völkerbundes zu bleiben und an seinen Arbeiten loyal teilzunehmen. Ebenso müsse Lettland auch auf sein eigenes Interesse bedacht sein; bisher aber seien die kleinen Staaten im Völkerbund nur mit Rücksicht überhäuft worden, ohne feste Garantien zu erhalten. Lettland hoffe, daß die Westmächte eine endgültige Stabilisierung der Verhältnisse auf konkreter Grundlage ebenfalls herbeiführen möchten. Als Mittel hierzu bezeichnet der Minister einen Garantiepakt, der zwischen den vom Baltischen Meer umschlossenen im Nordosten gelegenen Staaten und Sowjet-Rußland, Deutschland, Frankreich und England abzuschließen wäre. Mit Polen wüßte Lettland freundschaftliche, nachbarschaftliche Beziehungen, auch wirtschaftlicher Natur, die bisher leider viel zu wünschen übrig gelassen und sich stets zu Ungunsten Lettlands gestaltet hätten.

## Eine Mörderin freigesprochen.

Vor einem Pariser Schwurgericht wurde Leonie Gerard, die ihren Gekindeten durch einen Revolverbeschuss getötet hatte, freigesprochen. Seit 25 Jahren hatte sie ein Liebesverhältnis mit dem Kaufmann Deprez, dem drei Kinder entsprungen waren. Diese Kinder erzog die Frau des Kaufmanns, da die Ehe kinderlos war. Als Deprez das Verhältnis lösen wollte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und dem tödlichen Schuß. Nach der Tat wollte sich die Frau selbst das Leben nehmen, wurde aber rechtzeitig daran gehindert. — Die Pariser Geschworenen fällten auf Grund dieses Tatbestandes eines ihrer berühmten Gefühlsurteile.

## Unschuldiger hingerichtet.

Im Jahre 1923 wurde in Warschau der Juwelier Rosenbergs, als er sich mit einer Handtasche voll Kosbarkeiten in seine Wohnung begab, von zwei Banditen überfallen, erschossen und beraubt. Gleich nach dem Verfall erschienen Polizeigebühren und der Leiter des Warschauer Untersuchungsamtes, Kurnatowski, der jetzt wegen Mißbrauches der Amtsgewalt verfolgt wird. Die Untersuchung im Falle Rosenbergs führte anfänglich zu keinem Ergebnis. Die verzeifelte Frau Rosenbergs stellte nun auf eigene Faust Nachforschungen an und erzielte tatsächlich den Ort, an dem sich die geraubten Gegenstände befanden. Daraus zog jedoch das Untersuchungsamt keinerlei Nutzen, im Gegenteil, nach einiger Zeit erschien bei der Frau Rosenbergs der eigentliche Täter und bedrohte sie mit dem Tode, wenn sie ihn verraten würde. Es war klar, daß der Mörder von der Aussage der Frau etwas erfahren hatte. Als diese auf der Fortführung der Untersuchung bestand, wurde sie für irrsinnig erklärt und in eine Anstalt eingeliefert, von wo sie aber bald wieder als gesund entlassen wurde. In der Zwischenzeit wurde der Bandit Ljuzinski, auf den man die Schuld des Raubmordes abgewälzt hatte, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das sollte die Öffentlichkeit beruhigen und Frau Rosenbergs in der Entdeckung der Wahrheit bestärken. Außerdem warf man Kurnatowski Heberecke vor. Dies spornte aber Frau Rosenbergs in ihren Nachforschungen nur noch mehr an, so daß sie derartige Material zusammenbrachte, das sie nun in die Lage versetzt, gegen den Leiter des Untersuchungsamtes gerichtliche Vorzugehen. Sie behauptet ihn nun, der Urheber eines Justizmordes zu sein, und dazu beigetragen zu haben, daß die wirklichen Mörder ihres Gatten straflos ausgingen. Gegen Kurnatowski wurde nun eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Der ganze Verfall beleuchtet aber nicht nur die Justizverhältnisse in Polen, sondern er wirft auch ein großes Licht auf das heikle Kapitel von der Todesstrafe.

# Freiheiten des Grafen Bethlen.

Graf Bethlen hat an Arthur Henderson, der als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, gegen die Standrechtspflicht in Ungarn protestiert hat, folgendes Antwortschreiben gerichtet:

„Ich habe heute folgendes Telegramm erhalten: Obwohl ich weiß, daß ein Abgeordneter in Ungarn verfolgt werden soll, weil er an einer Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris, an der ich den Vorsitz führte, teilnahm, betrachte ich es doch als meine Pflicht, Sie in Kenntnis zu setzen, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt mit Empörung darüber erfüllt ist, daß Sie fortfahren, die für die unmittelbaren Kriegesgefahren bestimmten Standrechtsgesetze gegen politische Gegner auf Grund politischer Anklagen in der Friedenszeit anzuwenden. Arthur Henderson.

Wenn dieses Telegramm tatsächlich von Ihnen stammt, so sollten Sie sich nach meiner Meinung, bevor Sie in Angelegenheiten, die fremde Staaten angehen, gegen in verantwortlicher Stellung befindliche Männer unbegründete und lächerliche Angriffe richten, wenigstens soviel Mühe nehmen, richtige Informationen einzuholen.

Ministerpräsident Bethlen.“

Graf Bethlen macht sich keine eingehende Kenntnis der englischen Sprache zu Nutzen und gibt sich den Anschein, als würde in dem Telegramm Hendersons nur von einem Fall, nämlich der Verfolgung des Abgeordneten Beyer wegen seiner Teilnahme an der Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris, die Rede sein. Und er läßt den Pressevertretern erklären:

„In Wahrheit ist die Regierung an der Affäre Beyer nicht interessiert. Gegen Beyer wurde bloß im Parlament ein Inkompatibilitätsantrag eingebracht, keineswegs aber ein Gerichtsverfahren eingeleitet.“

Wer Ungarn kennt, wird die Freiheit der Ausrede, daß „bloß im Parlament“ ein Antrag eingebracht wurde, genügend würdigen. Sicher hat Bethlen von der Angelegenheit genau so wenig gewußt, wie von der Frankensäßheraffäre. Aber wir wollen zur Kenntnis nehmen, daß sich Graf Bethlen schon zu diesem Beginn, was die Abgeordneten seiner Regierungspartei im Parlament treiben.

Aber Henderson sprach von der Angelegenheit Beyer in seinem Telegramm nur, um den Grafen Bethlen wissen zu lassen, daß er sehr wohl wisse, mit wem er es in dieser Angelegenheit zu tun habe. Der Hauptinhalt des Telegramms war jedoch der Protest gegen das Standgerichtsverfahren in Ungarn, wie es in dem Prozeß gegen die Kommunisten Szanto und Genossen in diesen Tagen zur Anwendung kommen soll. Es gehört die ganze Unerschrockenheit des Grafen Bethlen dazu, sich zu stellen als ob dieser Prozeß nicht existierte, nicht in der Presse der ganzen Welt besprochen würde.

Es wird dem Grafen Bethlen nicht gelingen, zu verdunkeln, daß gegenwärtig zwei Verfahren im Gange sind, die die Zivilisation Ungarns richtig beleuchten: das Verfahren gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Beyer, das ihn des Parlamentsmandates berauben will, weil er an einer Sitzung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale teilgenommen, und das Verfahren gegen den Kommunisten Szanto, der vor das Standgericht gestellt wird, weil er kommunistische Organisationen gründen wollte, wie sie in allen anderen Ländern bestehen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat gegen die kommunistischen Verirrungen einen harten und heftigen Kampf zu führen. Sie wird aber immer verlangen, daß die Kommunisten das volle Recht auf legale Betätigung in allen Ländern erhalten, und sie wird stets gegen die Anwendung von Ausnahmegeetzen protestieren, von denen das Standgerichtsverfahren in Ungarn eines der empörendsten Beispiele ist.

## London, 1. April. (Eigener Drahtbericht.)

In der Zeitung seines Wahlbezirks veröffentlicht Arthur Henderson eine ausführliche Antwort an Bethlen. Er stellt zunächst fest, daß die ungarische Regierung eine nur leicht verhäultete Form von Diktatur darstelle, die von den in ihr am Ruder befindlichen Männern ebenso leicht in den früheren habsburgischen Absolutismus verwandelt werden würde, sobald eine Rückkehr des habsburger Kronprinzenlandes möglich sei. In Ungarn herrsche weder Freiheit der Presse, noch Freiheit der Organisation, noch Freiheit der Rede. Henderson geht dann auf die jüngsten ungarischen Wahlen ein, wobei er keine Feststellungen durch eine Reihe einwandfreier Zitate aus konfessionellen und bürgerlichen Blättern belegt. Er wendet sich dabei insbesondere gegen Bethlen wegen der Verfolgung des ungarischen Arbeiterführers Beyer und stellt fest, daß sein Telegramm sich besonders gegen den Mißbrauch des Ausnahmezustandes in Ungarn gerichtet habe. Henderson schließt wörtlich: „Ich hoffe, daß Bethlen die Appelle und Proteste, die ihm aus der gesamten Welt zukommen, mit offenem Ohr hört. Kein Politiker in verantwortlicher Stellung mißt sich gern in die Angelegenheiten eines anderen Landes, ohne genügenden Anlaß zu haben. Aber wo politische und wirtschaftliche Freiheit nicht mehr existieren, kennt die moralische Verantwortung von Demokraten keine Landesgrenzen mehr. Sie müssen denjenigen helfen, die sich selbst nicht helfen können.“

## Zunahme des Londoner Autoverkehrs.

Nach amtlichen Angaben ist die Zahl der Privatautomobile Londons während der Monate Dezember, Januar und Februar von 498 000 auf 572 000 gestiegen, die Zahl der Lastkraftwagen in der gleichen Zeit von 233 000 auf 257 000.

## Vierstöckige Straßen.

Der amerikanische Ingenieur Dr. L. Kennard Thomson beschäftigt sich in einer vor kurzem erschienenen Veröffentlichung mit der Lösung des immer schwieriger werdenden New Yorker Verkehrsproblems und gelangt zu dem Ergebnis, daß der Bau von Untergrundbahnen dem Bedarf nicht mehr genügen kann und, wenn weitere Stadien unter der Erde hinzugefügt werden, viel zu teuer wird. Er schlägt statt dessen die Errichtung von vierstöckigen Straßen auf den Hauptverkehrsachsen vor und behauptet, daß drei Straßenstadien über dem Erdboden nicht teuer in der Errichtung und im Betrieb sind, als ein Stadestadion unter der Erde. Die erste Straßenetage soll nach seinem Plan für Lastwagen, die zweite für Straßenbahnen, die dritte für den Auto- und Omnibusverkehr und die oberste für Fußgänger reserviert werden.

## Ein Verein der Chemänner.

In Chicago haben sich Chemänner zu einem Verein zusammengeschlossen, um vereint die an die Frau verlorenen Rechte zurückzuerobieren. Der Verein soll bereits mehrere tausend Mitglieder zählen. Jedes Mitglied übernimmt die Verpflichtung, häusliche Arbeiten nur noch im Falle der Krankheit der Frau zu verrichten, und wöchentlich einen Abend außerhalb des Hauses zuzubringen, ohne der Frau Rechenschaft abzulegen.

## Entdeckung einer seltenen Sekt in Sibirien.

Im Bezirk Karmy haben die Sowjetbehörden eine bisher unbekanntere reifliche Sekt festgestellt, die im Volksmunde den Namen der Unterirdischen führt. Die Anhänger der Sekt werden so genannt, weil sie den größten Teil ihrer Zeit in unterirdischen Gewässern unter ihren Häusern verbringen, wohin sie sich „vor dem Einfluß des bösen Blickes Andersgläubiger“ zurückziehen. Da das Karmygebiet jetzt viele neue Siedler anlockt, haben die „Unterirdischen“ beschlossen, sich in die Gegend der Taiga (Steppe) zurückzuziehen.

## Die Cholera in Indien.

Die „Times“ berichten aus Bombay: Die letzten amtlichen Ziffern der Choleraepidemie in den Bezirken Belagan und Bhorwar zeigen, daß zwischen dem 12. und 28. März 3000 Fälle gemeldet wurden, die auf 160 Tote verurteilt waren. Von diesen Fällen verließen 900 indisch. Alle Vorkehrungen werden getroffen, um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.



## Extra billiger Quartals-Verkauf

Durch großzügige, **gemeinschaftliche** Einkäufe gegen sofortige Kasse, Begnügung mit dem kleinsten Nutzen ist unserer werten Kundschaft die vorteilhafteste Kaufgelegenheit gewährleistet.

<b>Teppiche</b> Jute ca. 190x200 7.00 Tapestry 160x240 28.50 Plüsch 200x300 56.00 Velour 290x330 95.00	<b>Vorleger</b> derbe 95 Pl. Qual.	<b>Vorhangstoff</b> 130 br., Körper und Domast, gold, creme, weiß, Mir. 1.75	<b>Linoleum</b> vollkommen (schleif. Ware) in neuem Muster. 2.95, 1.95	<b>Gobelin</b> gewebt ca. 75x165 4.85	<b>Gardinen</b> Garnitur 1.95 gewebt Madras 2.75 Stellig Etappe 2.25 Etamine 7.50 mit Vol. 2.25 m. Handarb. 7.50
<b>Läuferstoffe</b> Mr. 0.45 Boucle 3.25 Tapestry 3.85	<b>Etamine</b> 150 br. 58 Pl. Meter	<b>Dunkle Madrasgarn.</b> anfrück. Neuheit, viele Muster 25.00 16.50 13.50 8.75	<b>Diwandecken</b> in Mohair, Gobelin, Leinen, Stoff usw. 29.00 18.50 9.50 4.50	<b>Stores</b> Etamine mit Spitze 0.85 2.95 4.75	<b>Brücken</b> ca. 90x180 25.50 14.50 7.50
<b>Steppdecken</b> einseitig u. doppelseitig in Satin, Handarbeit 21.50 16.75 7.90	<b>Tischdecken</b> in Plüsch, Gobelin, Leinen 16.75 12.50 7.85 3.50	<b>Spaniers Teppich-Haus</b> Inh.: Adolf Spanier <b>Nur Reuschestraße 58 und Schmiedebrücke 56</b> Koko Kupferschmiedestraße, parterre und 1. Etage.			

Unübertroffene Auswahl

**Stadttheater Breslau**  
Dernhaus  
Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr:  
Gastspiel  
**Max Roth**  
7165  
Staatsoper, Berlin  
**„Othello“**  
Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi  
Jago . . . . . Max Roth als Gast.  
Der Kartenverkauf beginnt  
Montag, den 4. April.  
Preise: Gruppe V (von 1.— bis 10.— M.)

**Stadttheater**  
Montag 7 1/2 Uhr:  
**Die Zauberflöte.**  
Dienstag 8 1/2 Uhr:  
10. Abdm. Vorstellung  
Geric A.  
**Balestrina.**  
Mittwoch 8 Uhr:  
**„Sidelio“**

**Liebig-Theater**  
Telefon: Stephan 34646  
Täglich 8 Uhr:  
Der sensationelle Erfolg des  
**April-Varleté-Programmes.**  
U. a. 1.  
Zum 1. Male in Deutschland!  
Die Welt-Attraktion  
**Gaston Palmer**  
humoristische Festschmiele  
u. das große Programm  
Eintrittspreise von 50 Pl. an  
Jeden Sonn- u. Feiertag  
nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Familien- u. Kinder-Vorstellung  
Das volle Programm  
zu ermäßigten Preisen.

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 35308.  
Täglich 8 Uhr:  
Der große Heterleitererfolg!  
**„Adieu, Mami!“**  
Dienstag 8 Uhr:  
Zum 25. Male  
**„Adieu, Mami!“**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
**„Das Dreimäderlhaus“**

**Oberbett, 2 Rippen**  
mit rotem Anteil 91  
für 24.00 RM. zu verkaufen  
Freiburger Str. 3, hp. links

**Parteilreunde**  
kauft an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
steht die  
**Volkswacht**

**Ihre schriftlichen Arbeiten**  
erledigt billigst  
Schrothstraße Breslau 13, Moritzstr. 23

Warum lesen die tausende  
**Arbeiter - Rundfunk - Teilnehmer**  
nicht ihre eigene Rundfunk-Zeitung,  
**„Der neue Rundfunk“.**  
Zeitungsschrift des schaffenden Volkes mit Vorkamer  
u. Mitteilungen des A.-R.-R. Preis 20 Pf.  
Enthält alle Programme des In- und Auslandes.  
Jeden Freitag neu.  
**Volkswachtbuchhandlungen, Breslau,**  
Neue Graupenstraße 5, Neue Tschannenstraße 11.

**Obstbäume Pflirsche**  
7018  
Stachel- und  
Johannisbeeren  
auch schwarze  
Johannisbeeren  
Rosen  
Erdbeerplantz.  
Bildnerstandes  
Gabelknollen, Nadelbäume  
Kompostboden und Dünger  
**Paul Hatt**  
Breslau-Grünische 27  
an der Engelhardt-Bräuerei  
Fernsprecher: Ring Nr. 5122  
Ausführung v. Gartenanlagen  
Zusätze erzielen in  
der „Volkswacht“  
den größten Erfolg

**Liederbuch**  
des Reichsbanners  
Schwarz - Rot - Gold  
69 Lieder mit Noten  
Preis 80 Pl.  
Volkswacht-Buchhandlung

**Berläufe**  
**Schlafzimmer**  
gef. Birle m. Spiegelkasten,  
rot Holz, kompl. Mit. 600.-  
Tischlerei, Kirtelstraße 6.  
**Kontrolluhr,**  
gebraucht, billig zu verkaufen  
Karl Speer, Lohstraße 48.  
**Chaiselongue**  
neu, preiswert zu verkaufen  
Schubert, Kl. Groschenstraße 30

**Achtung! Genossen!**  
**Unterstützt kleinere Geschäfte**  
Dacht Euren Oster-Bedarf in  
Eleganten Anzügen - Mänteln - Hoson  
in Windjacken - Berufskleidung usw.  
Mod. getragene Kavallerbekleidung nur im  
**„Kaufhaus“, Oderstraße 7 (Ecke)**  
Jeder Käufer wird photographiert und erhält 12 Bilder gratis.

**Arbeitsmarkt**  
**Näherinnen**  
auf Brecheshofen können  
sich melden bei  
Ibsch, Heinrichstraße 4.  
**Suche** schulentlassenes  
**Mädchen**  
für kleinen Haushalt u. Kind  
tagüber.  
Ibsch, Heinrichstraße 4.

In der  
**„Volkswacht“** haben  
**Stellen-Angebote**  
infolge ihrer großen Ver-  
breitung in Arbeiter-  
kreisen besten  
Erfolg

**Lobe-Theater**  
Tel. Ring 6774  
Montag, Dienstag,  
abends 8 Uhr:  
**Peripherie.**  
**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6700  
Montag, Dienstag,  
abends 8 Uhr:  
**Der Patriot.**

**Sofort Geld**  
an Pfänder! 7161  
**Reithaus Rother**  
Brandenburger Straße 24.

**Druckerei**  
**Volkswacht**  
BRESLAU 2  
Florastraße 4/6  
Übernehmen die An-  
fertigung sämtlicher  
Druckarbeiten für  
Industrie, Handel, Ver-  
eine u. Gewerkschaften  
in ein- u. mehrfarbiger  
Ausführung bei preis-  
werter Berechnung u.  
schnellster Lieferung.

Spezialität:  
**Kassenaufgaben**  
(Kassenschrift)

**Berücksichtigung**  
**Interesse**  
**bestehen!**

**Extrabilliger Karpfenverkauf!**  
Durch besonderes Entgegenkommen der schlesischen Teichwirte und  
dadurch, kalkuliert wird, ist es  
daß nur ein **ganz geringer Nutzen** des unterzeichneten  
Firmen möglich. **11. bis 16. April (Karwoche)**  
in der Zeit vom **besten schlesische**  
**lebende Spiegelkarpfen**  
keine Auslandsware  
**98** zu verkaufen  
im Gewicht von 2 bis 3 Pfund, das Pfund mit  
Um es zu er- **jeder Kunde befriedigt wird.**  
möglichen, daß  
bitten wir Bestellungen für **Gründonnerstag** und **Ostersonntag**  
schon jetzt anzugeben. **Wir garantieren** dann dafür, daß  
**alle** Bestellungen  
ausgeführt werden.  
**Deutsche Dampffischereigesellschaft**  
**„Nordsee“**  
Geschäftsführer Feodor Trapp  
**„Breslauer Fischhallen“**  
Geschäftsführer Joh. Schmittker  
Böhmer Straße 2, an der Teichstraßen-Unterführung  
Schmiedebrücke 19, rechts vom Ring aus  
Schmiedebrücke 59, links vom Ring aus  
Keme Schweißdampfer Straße 1a, rechts v. d. Gartenstraße  
Keme Schweißdampfer Straße 1b, links v. d. Gartenstraße  
Andersternstraße 2, an der Friedrich-Wilhelm-Straße  
„Breslauer Fischhallen“: Ohle 4472, 4484,  
Stephan 3473  
Fernsprecher: „Nordsee“: Stephan 31950 für auswärts,  
31941, 31942 für Stadt.

Die **„Frauenwelt“** den Frauen  
Zum Lesen, Denken und Schauen!  
**„Frauenwelt“**  
eine Halbmonatsschrift für die Frau  
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.  
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

**Warum Buchkarte?**  
Nur unsere Buchkarte gibt die Möglichkeit, bei  
Zahlung von nur 50 Pf. wöchentlich, Bücher  
bis zum Betrage von RM. 20.- zu erwerben  
Als Ausweis bitten wir Partei- oder Mitglieds-  
buch einer freien Gewerkschaft mitzubringen  
**Auf Buchkarte könnt Ihr erwerben**  
**H. G. Wells**  
**Die Grundlinien der Weltgeschichte!**  
Buch I  
Entstehung unserer Welt  
Buch II  
Entstehung des Menschen  
Buch III  
Die Morgenämmerung der  
Geschichte  
Buch IV  
Judaä, Griechenland und  
Indien  
Buch V  
Der Aufstieg u. d. Zusammen-  
bruch d. Römischen Reiches  
Buch VI  
Christentum und Islam  
Buch VII  
Das Mongolische Reich und  
die neuen Reiche  
Buch VIII  
Das Zeitalter d. Großmächte  
Lexikonformat \* Solzfreies Papier  
Reich illustriert Ganzleinen **RM. 20.00**  
Dieses Werk, in Amerika verboten, ist die beste Weltgeschichte für den  
spezifischen Arbeiter. Das Inhaltsverzeichnis gibt nur einen kleinen  
Überblick über die Fülle des Schönen. Besser lernt Ihr das Werk kennen,  
wenn Ihr es Euch unverbindlich in unserer Buchhandlung ansieht.  
**Volkswachtbuchhandlung Neue Graupenstr. 5**



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. April.

Zwei Momentbilder.

I.

Von allen Auktionen, die je stattfinden, bietet wohl keine mehr Stoff zum Nachdenken, als eine solche im Pfandleihhaus. Schon der Name „Pfandleihhaus“ erinnert uns daran, daß wir es hier mit einem Ort zu tun haben, der nur von Leuten besucht wird, die sich in größter Notlage befinden und die hier durch Verpfändung ihrer Betten, Kleidung oder Wäsche... (text continues)

II.

Fast zur selben Zeit fand in einem anderen Orte Deutschlands eine Auktion statt, deren Verlauf uns die abgrundtiefe, kaum zu überbrückende Kluft zwischen Arm und Reich in greller Beleuchtung vor Augen führte. Es handelte sich um eine Weinverkostung, die im Paulinenschloß hinter dem Kurhaus in Wiesbaden veranstaltet wurde. Es kam zu schweren Kämpfen um die Edelweine. In dem Bericht des „B. T.“ heißt es, nachdem von Weinpreisen zwischen 3 bis 30 Mark die Rede ist, zum Schluß: „Dann kam das große Ereignis des Tages. Nach den beiden bereits erwähnten Weinen der Nahe-Domanen kam als Glanznummer der Liste ein 1921er Steinberger feinstes Traubenweingut... (text continues)

Steuerkalender für April 1927.

- 5. April: Lohnabzug für die Zeit vom 21. bis 31. März. Keine Schonfrist. Fortan wird nicht mehr dreimal, sondern nur zweimal im Monat, nämlich am 20. für die Zeit vom 1. bis 15. und am 5. des folgenden Monats für die Zeit vom 16. bis Monatschluß, die Lohnsteuer abgeführt.
10. April: Einkommensteuervorauszahlung für das erste Kalenderjahr 1927 in Höhe von 1/4 des im letzten Steuerbescheid festgesetzten Betrages. Keine Schonfrist.
10. April: Körperschaftsteuervorauszahlung in Höhe von 1/4 des im letzten Steuerbescheid festgesetzten Betrages. Keine Schonfrist.
10. April: Zahlung der Börjenumsatzsteuer. Keine Schonfrist.
10. April: Umsatzsteuer-Voranmeldung und Vorauszahlung der Monatszahler für März 1927, der Quartalszahler für das erste Quartal 1927. Schonfrist bis 15. April. Fortan sind die Umsatzsteuerzahlungen nur vierteljährlich zu entrichten.
15. April: Grundvermögensteuer nebst Gemeindezuschlag und Hauszinssteuer.
15. April: Gewerbesteuer und dort, wo Lohnsummensteuer eingeführt ist, Lohnsummensteuer.
20. April: Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 20. April. Keine Schonfrist.

Feuer im Rathaus.

Diese Kunde verbreitete sich am Sonnabend in der Mittagsstunde auf dem Ringe. Tatsächlich wurde auch die Feuerwehr gegen 12 Uhr nach dem Rathaus gerufen, weil hinten im Statistikenamt, nahe an Zimmer 62 a, in der sogenannten Reponsenten-Registrierung mehrere Aktenbände nebst den dazugehörigen Holzregalen in Brand geraten waren.

Die Ursache des Feuers war die Stöcklampe eines Monteurs, der dort zu tun hatte und den Akten zu nahe gekommen war. Beim Eintreffen der Wehr, hatte der Monteur das Feuer bereits selbst erstickt, sodaß kein nennenswerter Schaden entstanden ist. Die verbrannten Akten enthielten unbedeutende, fast wertlose Schriftstücke.

Die Werkstätte der Vintehofmann-Werke H.-G. veranstaltete am Sonnabend Abend im Gemeindefaal der Pauluskirche ihren diesjährigen Elternabend, der viel Abwechslung brachte und einen guten Einblick in die jugendpflegerische Arbeit der Werkstätte ermöglichte.

Das Werkstättorchester unter Leitung von Ingenieur Scholz brachte gut gezielte Musikstücke zu Gehör, ebenso die Lauten- und Mandolinengruppe, von Herrn Heinz dirigiert. Daneben wurden exakte Freiübungen und lebende Bilder vorgeführt und der Abschlus bildete „Der Ehrenkranz“, ein oberbairisches Volksstück in einem Akte. Viel Interesse erregte auch die Ausgerüstung und Entlassung der Gesellenprüflinge.

Der Abend verlief im allgemeinen sehr unterhaltsam und anregend und es klappte alles ganz vorzüglich, sodaß Ingenieur Scholz, dem die Gesamtleitung oblag, mit dem Erfolg dieses Elternabends wohl zufrieden sein konnte.

Stadtverordnete und Stadträte!

Die morgige Fraktionsführung im Gewerkschaftshaus ist besonders wichtig. Vollzähliges Erscheinen ist erforderlich.

Revision gegen Angleras Freisprechung.

Die Freisprechung des Angestellten Paul Magiera, der in der Nacht zum 29. Juni v. J. auf der menschenleeren Augustastrasse den Genossen Felix Doktor erschoss, hatte in weitesten Kreisen die heftigste Empörung ausgelöst. Das Gericht war damals zu der Ansicht gekommen, daß Magiera in Notwehr gehandelt hatte und deshalb den wohlgezielten Herzschuß abgab. Oberstaatsanwalt Dr. Schaeffer hatte damals in der Verhandlung am 2. und 3. Dezember v. J. wegen Totschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände drei Jahre Gefängnis beantragt. Gegen das freisprechende Urteil hatte er alsbald Revision beim Reichsgericht in Leipzig angemeldet. Jetzt ist auch die Begründung der Revision durch den Oberstaatsanwalt dem Reichsgericht zugegangen, in welcher er darauf hinweist, daß der Begriff der Notwehr verkannt worden wäre. Er beantragt deshalb Zurückverweisung an die Vorinstanz und nochmalige Verhandlung. Es wird also nunmehr auf die Entscheidung des Reichsgerichts ankommen, ob das freisprechende Urteil rechtskräftig, oder ob nochmalig verhandelt werden wird.

Morgen abend pünktlich 7.30 Uhr

findet im Zimmer 7.8 des Gewerkschaftshauses der 16. Schulungsabend für Betriebsräte statt. Genosse Birnbaum spricht über das Thema: „Der Sozialisierungsgedanke“.

Teilnahmeberechtigt sind Betriebsräte mit blauer Eintrittskarte.

Schulentlassungsfeier der Sammelschule 1.

Im Saale des „Bergkellers“ fand am Mittwoch die Entlassungsfeier der Sammelschule 1 statt. Eltern der Schülerinnen und Schüler und Freunde der Schule füllten den Saal bis auf den letzten Platz. Die Programmfolge war gut gewählt und brachte Kinderchöre und Deklamationen, die Mahnungen an die abgehenden Schüler enthielten. Der Meister der Musik, dessen Todestag in der letzten Zeit in aller Welt gefeiert wurde, Beethoven, wurde auch gefeiert und Lehrer Gunders ging mit wenigen Worten auf seine Bedeutung auf dem Gebiete der instrumentalen Musik ein. Wenn Beethovens Chöre in der Volksschule nicht so gepflegt werden, wie es wünschenswert wäre, so liege dies daran, daß hier nicht, wie an höheren Schulen, Musikinstrumente zur Verfügung stehen. Der Chor „Heilige Nacht, o giesse du“ wurde unter Leitung von Herrn Lehrer Enders durch die Klassen 1a und 1b gut zu Gehör gebracht. Starke Beifall ernteten auch zwei Trios, gespielt von Herrn Lehrer Enders (Cello), Frau Enders (Klavier) und Herrn Lehrer Weinert (Violine). Genosse Rektor Gabriel sprach kurze Abschiedsworte, in denen er auf die Bedeutung des Tages hinwies. Das Paradies der Kinderzeit hörte auf und der Kampf ums Dasein beginne. Schwer sei der Kampf für die Zukunft und neue Aufgaben treten an den jungen Menschen heran. Dann gelese es zu zeigen, daß die Weltliche Schule der Wegbereiter war. Mit anderen Augen wie auf die Schüler der Konfessionellen Schulen wird man auf die Schüler der Weltlichen Schulen sehen. Da gelese es das Vorurteil zu zerstören, daß ohne Religion es keine Sittlichkeit gäbe. Stolz sind wir darauf, diesen Kampf zu führen für die Gesellschaft der Zukunft, für Menschenwürde und Menschenrecht. Im Auftrage des Elternbeirats richtete Genosse Tamn einige Abschiedsworte an die aus der Schule scheidenden Schüler und die Lehrer, denen er für ihr Wirken an derselben dankte. In der Pause wurden die Schüler und Schülerinnen mit Kaffee und Kuchen bewirtet, während der Musikverein „Fidelio“ konzertierte. Zum Schluß zeigten die Schüler noch Reigen-, Volsänge und Freiübungen nach Musik, die exakt ausgeführt wurden und starken Beifall fanden. Eine Ausstellung von Zeichnungen und im Werkunterricht gefertigten Arbeiten zeugte von Fleiß und manchem Talent. In froher Stimmung blieben die Teilnehmer der Feier noch längere Zeit beisammen.

Saisonarbeitervverkehr auf dem Hauptbahnhofe.

Seit einigen Wochen sind die Wartelände dritter und vierter Klasse des Hauptbahnhofes fast ständig überfüllt. Männliche und weibliche Saisonarbeiter aus Deutsch-Oberschlesien lagern auf den Bänken mit Kind und Kegel und reichlichem Gepäck und warten auf die Abfahrt ihrer Züge. Sie kommen meistens aus den Kreisen Oppeln, Groß-Strehlen und Ratibor und fahren nach Sachsen, Brandenburg, Pommern und Hannover, um während der Sommermonate dort Dominial- und Erntearbeiten zu verrichten. Die Löhne sind nicht besonders hoch, sie schwanken zum Beispiel für weibliche Arbeitskräfte von 16 bis 18 Pfennigen Stundenlohn nebst Deputat.

In Oberschlesien ist heute, wie überall, wenig Arbeit zu bekommen, für weibliche Kräfte überhaupt nicht. Die Löhne in Oberschlesien sind miserabel. So erzählte ein junger Mann, der in einer Oppelner Zementfabrik in Arbeit stand, daß er dort, obgleich verheiratet, nur 39 Pfennige die Stunde verdiente und zwar bei zehnstündiger Arbeitszeit. Kein Wunder ist es, daß bei so schlechter Entlohnung die meisten froh sind, wenn ihnen während der Sommermonate anderwärts eine etwas andere Arbeit winkt. Die meisten der Saisonarbeiter kehren erst Ende November oder Mitte Dezember wieder in die Heimat zurück. Einzelne kommen sogar erst kurz vor Weihnachten an, wenn das Dreifachen und Kartoffelkudzen längst vorbei ist. Besonders beschwerlich ist die Reise für die verheirateten älteren Leute, die ihre Kinder mitnehmen müssen. Sofern es sich um längere Strecken handelt, liegen die Leute fast manchmal zwei Tage auf der Bahn. Die Transporte gehen truppweise voran. Jeder Trupp wird von einem Agenten oder Fuhrer geführt, der sich um die Fahrkarten und die Verpflegung der ihm unterstellten Leute bis zum Reiseziele zu kümmern hat.

Inflationsgeschädigte und Kleinrentner, Taschen zu!

Wiederum will der Leipziger „Betriebsanwalt“ G. Winter Breslau mit seiner Anwesenheit beglücken, um hier am 5. April im großen Konzerthausaal zu Ruh und Frommen der Reichsbankgläubiger, Rentner und Inflationsgeschädigten zu sprechen. Selbstverständlich wieder gegen fünfzig Pfennige Eintritt pro Person. Winter will diesmal angeblich Bericht über die Generalversammlung der Reichsbankgläubiger in Berlin erstatten. Da es diesem Manne offenbar nur darauf ankommt, einen kräftigen Heberhaken aus dem hohen Scalettre herauszuwickeln, hat er selbst gesagt zu machen, können wir nur dringend raten, dieser Versammlung fern zu bleiben! Jeder Inflationsgeschädigte, der nicht zu seinem bisherigen Verlust noch um eine weitere halbe Mark armer werden will, lasse Herrn Winter zu denen sprechen, die selber nicht alle werden. Schon die Tatsache, daß dieser geriebene „Volksbeglucker“ immer wieder nach Breslau kommt, spricht dafür, daß ihm hier immer noch genügend Unerfahrene auf den Beinen gehen.

Es ist zu wünschen, daß nicht hingehen!

Eilratgeber.

In dieser Eilratgeber veröffentlichen wir regelmäßig Ratsschlüsse für besondere Vorfälle des täglichen Lebens, die wir unsere Leser und Leserinnen zu sammeln bitten

Hütet euch vor Blutvergiftung!

Täglich werden Fälle gemeldet, in denen geringfügige Verletzungen zur Verletzung geführt haben und dann häufig die Verletzung von Fingergelenken, den Verlust von Fingern, der ganzen Hand, des Armes oder gar den Tod zur Folge haben. Vielfach kann nicht festgestellt werden, ob derartige Verletzungen bei der Arbeit oder außerhalb des Betriebes stattgefunden haben. Dann kann dem Verletzten keine Entschädigung für seinen Verlust an Erwerbsfähigkeit, Frau und Kindern keine Hinterbliebenenrente gewährt werden. Aber auch keine Rente kann den Körperlichen wieder gut machen oder den Ernährer ersetzen. Ein gesunder Körper ist mehr wert als jede Rente. Darum achtet auch auf die kleinste Verletzung, die die heimtückischste sein kann, und merkt euch folgendes:

1. Was ihr nicht tun dürft:

- 1. Wunden nicht berühren.
2. Wunden nicht abwischen. Auch die schmutzigste nicht! Auch nicht mit sogenannten Wundwässern wie Karbol, Sublimat-Lösung, Bleiwasser oder essigsaurem Tonerde. Jedes Auswaschen schadet!
3. Abgequetschte Teile, Hautfetzen, hängende Fingernägel nicht selbst abbrechen oder abschneiden. Blutgerinnsel nicht abwischen. Eingedrungene Splitter oder andere Fremdkörper nicht selbst entfernen. Etwa aus der Wunde vorkommend, Knochen, vorliegende Sehnen oder vorfallende Eingeweide nicht berühren oder gar zurückzubringen versuchen.
4. Niemals Seiftpflaster, Watte, Baumwolle, altes Leinen oder gar das Taschentuch auf eine Wunde legen.
5. Hört nie auf den Rat „kluger“ alter Weiber und ähnlicher falscher Sachverständiger, die euch raten, frische Wunden in Seifenwasser zu baden, Lehm, Spinnweb, gekautes Brot, Zwiebeln, Kuhmist oder ähnliches auf die Wunden zu legen. Es kann euer Tod sein! Ihr Aufgeklärten glaubt vielleicht nicht, daß es so etwas noch gibt, aber seid vorsichtig, es gibt es noch, wir warnen aus Erfahrung.

Was ihr tun sollt:

- 1. Wendet euch mit jeder — auch der kleinsten — Wunde, wenn irgend möglich, sofort an den Heilgehilfen, er wird euch wenn nötig, auch an den Arzt verweisen.
2. Ganz oberflächliche Wunden (Rißwunden und dergl.) werden mit Jod betupft (5 Prozent alkoholhaltige Jodlösung) und mit einem Stück feinstreifer Verbandstoffes bedeckt, das mit Seiftpflaster festgelegt wird. Darüber nötigenfalls ein Lederfingerling. — Bei größeren Wunden bestreicht der Heilgehilfe nur die Umgebung der Wunde mit Jodlösung. Dadurch wird das Eindringen von Eitererregern verhindert. (Das bei der Jodbehandlung anfangs auftretende Brennen schadet nichts und hört bald wieder auf.) Dann wird die Wunde mit feinstreifer Verbandstoff verbunden. Verbandspäckchen mit aufgedruckter Gebrauchsanweisung sind in jedem Betrieb vorhanden.
3. Geht rechtzeitig zum Arzt! Bei größeren Verletzungen natürlich sofort, bei anfangs unscheinbaren, wenn der Schmerz in der Wunde oder dem verletzten Körperteil in den der Verletzung folgenden Stunden und Tagen, anstatt schwächer, stärker wird, wenn die Wunde oder ihre Umgebung zu brennen anfangen oder hier ein Gefühl der Schwellung oder des Klappens eintritt, oder wenn ihr merkt, daß die Wundumgebung sich rötet. Dann ist es hohe Zeit, zum Arzt zu gehen! Wenn aber gar in der Nachbarschaft der Wunde sich rote Streifen in der Haut bilden, wenn in der Nähe der Wunde Schmerzen auftreten und die Drüsen anschwellen, wenn ihr euch matt und elend fühlt und es euch bald zu heiß, bald kalt ist, dann verliert keine Minute, eilt zum Arzte, und wenn es mitten in der Nacht ist, denn ihr seid in größter Gefahr!
Fürchtet euch nicht vor dem Arzte! Glaubt nicht, daß er „gerne schneidet“ oder „gleich schneidet“. Er schneidet nur, wenn er muß. Aber auch vor dem Schneiden braucht ihr euch nicht zu fürchten, jeder Arzt kann und muß heutzutage etwa notwendig werdende operative Eingriffe schmerzlos ausführen.

Die Forsythien blühen.

Frühjahrs Sonne und Frühjahrsregen haben über Nacht einen farbenfreudigen Blütenregen entfaltet. Wenn auch die Knospen längst schon zur Entfaltung bereit waren, so hat sie doch erst der erste Frühlingssonntag zur vollen Pracht erschlossen. Aus den Vorgärten und aus allen Teilen der öffentlichen Grünanlagen — und in geradezu bezaubernder Fülle am Ohlauufer — leuchtet das lebhafte Goldgelb der blühenden Forsythien aus weiter Ferne entgegen.

„Forsythia“ — ein wenig geläufiger und bekannter Name — und doch erinnert diese Bezeichnung den Fachmann an den bekannten Botaniker Forsyth, der Ende des 18. Jahrhunderts gleichzeitig Gartendirektor in London war.

Dieser aus Ostasien stammende Strauch hat noch keinen allgemein gültigen deutschen Namen. Man findet ihn unter der Bezeichnung Goldrute, Goldwiede, Goldglöckchen, ja er wird sogar auch Goldregen genannt. Letzterer aber ist ein Schmetterlingsblütler und gehört zu den Leguminosen, während die Forsythie mit unserem Flieder der Familie der Ölgewächse (Oleaceae) angehört. Da wir nun bereits eine Goldrute (Solidago) und einen Goldregen (Laburnum) kennen, müßte man sich zu der Goldwiede oder Goldglöckchen bekennen. In einer Sitzung der Schlesischen Gartenbauvereinschaft zu Breslau wurde seinerzeit zu dieser Bezeichnung auch Stellung genommen, und man hatte sich für die Bezeichnung „Goldwiede“ entschieden.

Die „Goldwiede“ also verdient die allergnößte Verbreitung, nicht nur, weil sie im ersten Frühjahr an elegant überhängenden, langen Zweigen blüht, sondern weil sie sich auch mannigfach verwenden läßt. So als Einzelstrauch, wie am Ohlauufer, als Vorpflanzung vor kahlen, hohen Gehölzgruppen, zur Verkleidung kahler Baumstämme, schließlich auch als Hecke. Um die Goldwiede lange lebens- und blühfähig zu halten, müssen an älteren Sträuchern alljährlich die langen Ärten gleich nach dem Verblühen im Frühjahr herausgeschnitten werden, damit neue kräftige Triebe über den Sommer heranwachsen, die uns im nächsten Frühjahr durch ihr Blühen erfreuen.

Der Mann, der mehrere hundert Diebstähle verübte.

Der Schmied Joseph Barhe ist schon ein bekannter Mann geworden, bevor die Hauptverhandlung am heutigen Tage begann. Man wurde zuerst auf ihn aufmerksam, als er sich, entgegen sonstiger Eindringergewohnheiten, in unangefangenen Fällen selbst, teils des schweren, teils des leichten Diebstahls beschuldigte. Nachdem eine Reihe von ihm angeführten Diebstählen nachgeprüft und die Angaben sich als richtig erwiesen hatten, ist wohl anzunehmen, daß seine sonstigen Selbstbeschuldigungen auch auf Wahrheit beruhen. In den Jahren 1919 bis 1924 will er mehrere hundert Diebstähle sowie 187 Fahrräder, diebstahl begangen haben. Am heutigen Tage beginnt nun der Prozeß gegen den 41 Jahre alten Barhe, sowie auch gegen mehrere Angeklagte, die von Barhe teils der Selbstschuld zum Diebstahl, teils der Schärrel beschuldigt werden. Den Tag für Tag verläuft die Verhandlung im Saale des Landgerichtshofes in Breslau.







# Bühne und Film.

## Filmschau.

**Kristall-Palast.** Den mimodramatischen Tanzbildern, die Jansen-Jacobs, der Balletmeister vom Scala-theater Stockholm und Lo Castini auf der Bühne als einleitend zum Film bringen, soll in erster Linie gedacht sein. Es ist eine Tat des Kristall-Palastes und diese Künstler gezeigt zu haben, die uns ihre Schöpfungen zum ergreifenden Erlebnis werden lassen. Die beiden Körper stehen so vollkommen unter dem Rhythmus der Musik, das auch nicht eine einzige Bewegung leer oder unbedacht geschieht. Sei es in dem phantastischen Spiel mit dem Tode nach der Musik von Saint-Saëns, oder in der Tanzpantomime „Der Narr und die Tänzerin“ oder im glänzenden aufgezogenen „Nachbild“, überall stellt sich eine überlegene Tanzkunst in den Geist der Musik ein, und besetzt die Szenen mit dem Gebärdenpiel edler Körper. Ganz famos, wie Kapellmeister Weichaupt feinstinnig den Taktstab schwingt, und Musik und Tanz zum einheitlichen Erlebnis verhilft. Der nicht enden wollende Beifall rief die Künstler oft vor den Vorhang. — Der Film „Erinnerungen einer Nonne“ ist umstritten worden und auch die Zensur hat sich liebevoll seiner angenommen. Nun er wieder frei ist, bringt er nicht die Sensation, die ihm anhaften soll. Es ist eine fast alltägliche Angelegenheit. Lehrreich ist aber immer wieder: wie sich der Jüngling aus besserer Familie des Mädchens entledigt, dem er die Liebe zertreten. Ein Leidensweg, der dem Marktschillischen Romanstil bedenklich nahe steht, ist dann des Mädchens Los. Famos aber Aufnahme und Darstellung. Szenen sind so ergreifend schlicht hingestellt, daß man sich freut, mit wenigen Mitteln Gutes erreicht wird.

**Siegfried-Vishspiele.** „Menschenräuber“. Dieses wildbewegte Erbschleicherschauspiel wurde an anderer Stelle bereits besprochen und hier einer Würdigung unterzogen. Die durchweg überdurchschnittliche Darstellung und die zielbewusste und einflussreiche Regie empfehlen den ersten eintretenden Kennern. Dem Kraftmenschen Maciste, der dazu ein nimisch stark begabter Schauspieler ist, fällt die Aufgabe zu, das Opfer des schmachvollen Erbhandels befreien zu helfen und die Verbrecher zu überführen. — Auch der zweite Film, „Dr. J. A.“, ist bereits bekannt. Harald Lloyd ist hier als Arzt mit einer, Coué noch überbesseren Heilmethode die tollsten Späße. Er darf in dieser auf ihn geschriebenen Groteske Gestalten voll steifer Würde der Lächerlichkeit preisgeben und alle Hausordnung übermütig auf den Kopf stellen, um für all die Sünden am Ende mit der Hand der angebeteten Patientin belohnt zu werden. Dazu die reichhaltige „Emella“-Wochenchau und ein Landhofsfilm.

**Ufa.** „Die Czardas-Fürstin“, heute schon etwas angefahren, erfreut sich trotzdem immer noch großer Beliebtheit, zumal, wenn sie eine so hübsche, temperamentvolle Vertreterin findet wie Diane Hald. Dazu die schmissige Musik, gute Photographien, flottes Tempo, und der Erfolg ist gesichert. — Die Ufa-Woche n. h. steht auch unter dem Zeichen des 1. April. So bringt sie unter anderen lustigen Sachen den preisgekrönten deutschen Schönheitskönig, Hermann L., in der Gestalt des bekannten Komikers Tiska. In dieser Form läßt man sich das Königtum noch gefallen. Hoffentlich bleibt es auch nur ein Aprilscherz. — Sehr interessant und lehrreich sind die Aufnahmen vom Gattchen und Leben verschiedener egzotischer Fische.

Im Ufa wird auch diese Woche noch Balzac's „Liebe“ mit Elisabeth Bergner gegeben.

**Jupiter-Vishspiele.** „Seine Söhne“. Von Zeit zu Zeit erhebt das jüdische Milieu auf der Leinwand. Frei von aller Tendenz wird hier wieder einmal von zwei verschiedenen Parteien

Brüder erzählt, deren Charakter der Vater lange verkennt. Der jüngere Bruder hat es zwar nicht bis zum Rechtsanwalt gebracht, er ist nur ein fleißiger Zeitungsvorkäufer geworden mit großer Neigung zum Borsport, aber es kommt ihm nicht in den Sinn, gleich seinem Bruder, die Eltern zu verleugnen. Der Film mit dem moralpredigenden Inhalt bekommt erst seinen Wert durch die Vertretung der Vaterrolle durch Rudolf Schilder, der dem alten jüdischen Erbkopf reißvolle Züge verleiht. Gegen ihn fällt die übrige Darstellung allerdings wesentlich ab.

**Flebermanns-Vishspiele.** „Die Frau mit dem Etwas“ ist das in sehr guten Verhältnissen lebende Tochterchen eines Justizrats, das mit viel Geld und Vaters Geld sich ihren Einfällen und Launen anhängig hingeben kann. Sie ist auf den Kriminalroman eingestellt und besitzt Kastans Panoptikum-Verbrechergalerie so ziemlich vollständig kein Wunder, daß sie auch ihre Liebe einem jungen Mann schenkt, von dem sie annehmen muß, daß ihn die Romantik des Hochstapleriums umgibt. Nach tollen und drohenden Szenen, die unerbittlich die Zuschauer in Bewegung setzen, löst sich die Verbrecherromantik in eine anständige Erbschaft auf und dem liebenden Paare steht zum Glück nichts mehr im Wege. — Fred Thomson kommt uns wieder als sympathischer Held eines Wildwestabenteuers: „Die Wäste des Kupfer“. Er der Held auf alle Fälle, lebt mit seinen Reiterkunststücken seine Anhänger in Begeisterung. Ein famoseres Wunderpferd, der Schimmel Silberkönig, spielt nicht minder eine gewichtige Rolle. Auch hier kommt der Held zum geliebten Weibe. Das ist eben Filmitration. Reichhaltiges Beiprogramm läuft den beiden Filmen voraus.

## Viktoria-theater.

### „Die Eunuchen-Bräut.“

Man kann nicht sagen, daß es in diesem Schwank der Herren Gorke und Rancan harmlos zugeht. Im Gegenteil weist die heisse Aufführung schon durch den knalligen Titel, der die schliche Ueberschrift „Der Kapaun“ großmächtig verschmäht, deutlich darauf hin, daß es sich um pikante Erlebnisse handeln dürfte. Und die unentwegt Neugierigen kommen auch auf ihre Rechnung. Um es kurz zu sagen: das romanhaft langgezogene Personenverzeichnis mit der genauen Charakteristik aller menschlichen Vorkommnisse, ist, wenn auch nicht originell, so doch das Lustigste am Stück. Die übrige Atmosphäre ist mit dem französischen Croixrouparfüm längst verholten Schwänke bis zum Ertrinken geladen. Dem Liebestoben wird lächelnd das Hemd vom Leibe gezogen und Menschen der verschiedensten Klassen auf primitivste Weise dem Gelächter preisgegeben. Auch ein bißchen Politik ist in den drei Hincingemanscht. Man sieht: die Herren Autoren kennen ihr Publikum, und verfehlen nicht, es in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen.

Es wäre schade, durch Beschränkung der Handlung dem Stück einen gewissen Wert beizumessen. Es genügt zu sagen, daß es sich in der Hauptsache um einen Mann dreht, dem man die Eigenschaften eines Kapauns andichtet, der aber durch die Tat den Beweis seiner Leistungsfähigkeit erbringt.

Dabei ist dieser Schwank von Erik Sühnenbach sehr nett in Szene gesetzt. Er geht flott und frisch auf das Thema los. Von den zahlreichen Darstellern seien erwähnt: Ferdinand Gruneder, der einen Familienvater mit viel Geschick spielt; Martha Schild in der wenig dankbaren Rolle einer putzhaften Tochter; Otto Kreise als Kapaun und Otto Schumann als der verführte junge Gatte, der alles schmeißt. Hedda Larina, als besseres Mädchen, spielt nicht die überlegene Rolle, mit der die Wertens dem Ensemble vorst. W. W.

**Glogau.** Der T. u. H. S. Trodem nach Aufdeckung der Erregerherde angenommen werden konnte, daß die Epibemie abnimmt, sind in der letzten Woche wieder eine Reihe Neuerkrankungen gemeldet worden. Es handelt sich nach Mitteilung der amtlichen Stellen um Erkrankungen, die anfänglich den Ausdruck der Krankheit nicht meldeten und in häuslicher Pflege blieben. Die Aufforderung unter Strafandrohung im Unterlassungsfall, alle Krankheitsfälle umgehend zur Anzeige zu bringen, wurde daher wiederholt. Die Gesamtzahl der bisher Erkrankten hat sich auf 163 erhöht. Sterbefälle sind außer den neun von uns schon gemeldeten keine mehr zu verzeichnen. Als geheilt wurden bisher 26 Personen entlassen.

**Görlitz.** Aufhebung einer Falschmünzerwerkstatt. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Falschmünzerwerkstatt auszuheben für achtzig Mark falsche Einmarkstücke sowie das Falschmünzerwerkzeug zu beschlagnahmen und die Täter zu verhaften.

**Hirschberg.** Revision im Hirschberger Kommunistenprozess. Gegen das Urteil der Hirschberger Strafkammer im Hirschberger Kommunistenprozess vom 11. März haben zehn Angeklagte, die zu Gefängnisstrafen von sieben bis zu zehn Monaten verurteilt worden waren, Revision eingelegt, so daß sich auch das Reichsgericht noch mit dieser Sache befassen muß. Ein Angeklagter, dem Bewährungsstrafe zugewilligt worden war, hat keine Revision eingelegt. Bekanntlich hatte das Schöffengericht auf wesentlich höhere Strafen, gegen drei Angeklagte sogar auf Zuchthaus erkannt; diese Strafen waren aber dann in der Berufungsinstanz von der Strafkammer wesentlich ermäßigt worden.

**Oppeln.** Als Vizepräsident an die Regierung in Oppeln wurde Dr. von Krause, bisher Landrat des Kreises Quersutz, berufen. Dr. von Krause ist ein Sohn des früheren nationalliberalen preussischen Justizministers von Krause und gehört der Demokratischen Partei an.

**Oppeln.** Sittlichkeitsverbrechen. Das hiesige erweiterte Schöffengericht verurteilte den Fabrikbesitzer L. wegen unzüchtigen Handlungen an minderjährigen Kindern zu einem Jahr Gefängnis. Der Verurteilte beabsichtigt Berufung einzulegen.

**Kattowitz.** Wilder Streik auf der Friedenshütte. Am Freitag morgen sind die Hochofenarbeiter der Friedens- und Gießhütte in den Streik getreten. Die Streikursache ist die ungerechte Behandlung einzelner Arbeitergruppen bei der Ueberleitung zum Achtstundentag. Der Streik war schon vor einigen Tagen für den Fall beschlossen worden, daß die Ueberleitung nicht für alle Arbeiter reiflos erfolgen sollte. Die Streikenden versuchten sofort, eine Verbindung mit den Arbeitern in Königshütte herzustellen. Es ist daher wahrscheinlich, daß der Streik sich ausdehnt. Die Gewerkschaften befürchten die Ausbreitung der an dem wilden Streik nicht beteiligten Arbeiter.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

**Schwoitzsch.** Erklärung. In unserem Bericht von der letzten Monatsversammlung der SPD. am 23. März war mitgeteilt worden, daß in der Diskussion das Verhalten des Ortsgeistlichen beanstandet wurde, der bei den Beihilfen der Kirchengemeinde einen Armen übergangen, einem gutgestellten Gastwirt jedoch 10 Mark zuerkannt habe. Hierzu erhalten wir folgende Erklärung:

„Die unterzeichneten Gastwirte von Schwowitzsch erklären an Eidesstatt, daß ihnen keine Beihilfe von 10 Mark durch den Ortsgeistlichen gewährt worden ist. Wir haben eine solche weder jemals nachgehakt, noch erhalten.“  
Kau, Zappe Hoffmann.“

**Brodau.** Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten. Dienstag, den 5. April, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Mendel eine Zusammenkunft aller Jungen über 17 Jahre, die mit der heutigen Zeit nicht zufrieden sind und etwas Neues wollen, statt. Parteigenossinnen und Genossen sind dazu eingeladen.

**Paschowitz.** Brutaler Arbeitgeber. Mittelalterliche Zustände herrschen auf dem Dominium in Paschowitz. Der dortige Gutsinpektor hat uns durch sein Verhalten schon manchmal Anlaß gegeben, sich mit ihm zu beschäftigen. Das Schlagen der Landarbeiter mit Instrumenten und mit der blanken Faust, ist bei ihm an der Tagesordnung. Erst vor kurzem wurde ein Landarbeiter von einem Wirtschaftsebenen geprügelt, so daß ihm Hilfe durch Dritte zuteil werden mußte. Am 24. März ging der Landarbeiter Matowiat zur Wesperrpause auf der Dorfstraße entlang und rauchte eine Zigarette. Wütlich kam das Auto des Herrn Hebrig aus Pulchowa, von ihm und seinem Fahrweiser Inspektor besetzt. Das Auto hält, der Herr Inspektor steigt aus und traktiert M. mit Ohrenschellen. Dieser vorbildliche Inspektor hatte den arbeitslosen Arbeiter zu diesem Zweck extra zu sich herangerufen. Der Anlaß entzieht sich unserer Kenntnis. Wahrscheinlich war es nicht angebracht, daß der Arbeiter im Besitze des gräßlichen Herrn eine Zigarette raucht und daher nicht den gewünschten militärischen Gruß erfüllen kann. Es ist für die Landarbeiter wahrlich an der Zeit, einzusehen, daß diese „Menigen“ kein anderes Ziel kennen, als die Landarbeiter wieder zu Sklaven zu machen und sie womöglich einer noch viel schlimmeren Gefolgsordnung zu unterwerfen, wie sie vor der Revolution in Geltung war. Nichtsdestoweniger Kampf gegen die Willkürherrschaft der Junker ist daher das unabwendbare Gebot der Selbsterhaltung, der Wahrung menschlicher Würde und Lebenshaltung. Nur durch Eingliederung in die sozialistische Arbeiterbewegung, durch Beitritt und Stärkung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist dieses Ziel zu erreichen.

## Breslaner Produktenbörse.

Wöchentliche Notierungen der an der Breslaner Produktenbörse am 2. April gehaltenen Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Karloffeln gilt der Erzeugerpreis) ab 10 Uhr Vormittag in vollen Wagenladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die sich nach dem Preis der Karloffeln richten). Tendenz: Getreide: Strohpreise gefragt. — Mehl: fest.

Getreide:	Egglie emtl. Notierungen 100 kg		Notierungen 100 kg	
	1	2	1	2
Weizen 75 kg	28,50	28,50	Winterweizen *	33,00
Keulen 71	27,10	27,10	Leinweizen *	36,00
Knocken 71	26,20	26,10	Einjähiger *	37,00
Knocken 68	25,20	25,10	Panikwa *	24,00
Hafer	20,20	20,20	Blauweizen *	36,00
Braugerste 68	24,00	24,00	*) Gute Qualität.	
Wintergerste	19,00	19,00	*) Durchschnitts-Qualität.	
Winterweizen *	19,00	19,00	*) Mittlere Art und Güte.	

Wöchentliche Notierung für Weizenmehl (je 100 kg)	1		2	
	1	2	1	2
Weizenm. (70 %)	39,75	39,75	Auszugmehl	44,50
Knockenm. (70 %)	37,25	37,00		

\*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

## Aus Schlefien.

### Sozialdemokratische Bauerntagung.

Am Sonntag vormittag wurde im kleinen Saal des Breslaner Gewerkschaftshauses eine für den Bezirk Breslau einberufene Bauerntagung abgehalten. Von bestem Geist erfüllt, war sie trotz eines der Bedeutung der Tagung nicht voll entsprechenden Besuches ein guter Aufmarsch für die einsehende Werberarbeit der Sozialdemokratie unter der werktätigen Landbevölkerung. Genosse Mache wies bei Eröffnung der Sitzung auf Ziel und Zweck dieser Tagung, auf den starken Einfluß des als deutschnationale Domäne zu betrachtenden Landbesitzes bei den selbst arbeitenden Landwirten und auf die Notwendigkeit hin, daß die kleinen Landwirte, Pächter usw. gemeinsam mit der großen Sozialdemokratischen Partei den alten Gewalten des vergangenen Obrigkeitsstaates begegnen. Es sollen im Anschluß an diesen Versuch auch zwischen Jahrgangsbefehlungen und Ernte bzw. im Winter gleichartige Tagungen in den einzelnen Kreisen stattfinden. Als erster Referent ergriff Genosse Landtagsabg. Simon-Kewitz das Wort und erläuterte in eindrucksvoller, lebendiger Darstellung den Zusammenhang zwischen den wichtigsten landwirtschaftlichen Produktions- und Existenzfragen mit den von der Sozialdemokratie in ihrem Agrarprogramm-Entwurf niedergelegten Forderungen an Staat und Gesellschaft. Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern in Oberschlesien, in Niederschlesien und in Hesse-Nassau zeigen, daß die vom Großgrundbesitz im Landbesitz vertretene Politik teilweise schon von den selbst arbeitenden Bauern als für sie nicht dienlich erkannt wurde. Der Interessengegensatz zwischen Grundbesitz und Bauernschaft reicht weit zurück, denn es waren die mittelalterlichen Feudalherren, die den freien Bauern unterjochten, ausbeuteten und bis ins 19. Jahrhundert hinein in Leibeigenschaft und Erbuntertänigkeit hielten. Die einsehende Kolonisation ist die Ursache der für den Osten Deutschlands charakteristischen dünnen Besiedlung, der zu begegnen ein bevölkerungspolitisches Erfordernis darstellt. Wir haben in Deutschland zwar Siedlungsgebiete, aber noch keine grundlegende Volksveränderung zu verzeichnen. Was seit 1918 auf diesem Gebiet geschaffen wurde, bedeutet gegenüber der Epoche 1888—1914 mit ihrer unsinnigen Kolonialpolitik zwar einen Fortschritt, ist jedoch keineswegs genügend. Der sozialdemokratische Agrarprogramm-Entwurf bringt einige grundlegende Veränderungen gegenüber der früher befolgten programmatischen Leitlinien, aber keine Aufgabe sozialdemokratischer Grundzüge. Wir haben nur festgestellt, daß die Entwicklung des Kleinbetriebes andere Wege gegangen ist wie einstmalig vorausgesetzt, daß die Zahl der Kleinbetriebe sich vermehrt statt verringert habe, und der Kleinbetrieb heute als produktiver anzusehen sei wie der Großbetrieb. Der Redner erläuterte dann die einzelnen Punkte des Programmwerkes, unterließ dabei den Unterschied zwischen dem Arbeitsbesitz der selbst arbeitenden Landwirte und dem Kapitalbesitz gleichzusetzenden Besitz der Großgutsbesitzer, sowie die Notwendigkeit der gesteigerten Siedlungsstärke — allerdings nur unter der Voraussetzung der Schaffung lebensfähiger Betriebsgrößen — und präziserte den Standpunkt der Sozialdemokratie in der Zollfrage. Die Wiedereinführung der Getreidezölle hat lediglich den Großgrundbesitzern Gewinnmöglichkeiten gegeben, während der kleine Landwirt stark unter der durch das Steigen der Lebenshaltungskosten der Verbraucher bedingten Verteuerung der Industrieprodukte zu leiden hätte. Sachlich ist ein Zollschutz keineswegs zu begründen. Der europäische, vor allem der russische Import sei gegenüber der Vorkriegszeit ausgeglichen und der überseische vermindert, vor allem im Preisniveau nicht herab, daß ein Zollschutz erforderlich oder begründbar erscheine. Die Kartoffelzollpolitik des Landbesitzes überdies führe zur Verteuerung der Futtermittel und zur Abzehrung der auf den Kartoffelimport aus Polen angewiesenen Industrie, aber zu neuer Wundierung der Kaufkraft der Verbraucher. Nationale Betriebsführung, intensive Bewirtschaftung des Bodens, weitgehende wissenschaftliche Schulung der werktätigen Landwirte sind die produktionswirtschaftlichen Ziele des sozialdemokratischen Programmwerkes. Genosse Simon illustrierte seine Ausführungen hierüber mit interessanten Beispielen aus der Praxis und betonte, wie sehr der Erfolg für

den Landwirt auch in der — in Deutschland viel zu wenig beachteten — großartigen Organisation und Aufmachung des Abfahres liege. Seinem Appell an die Anwesenden für die politische Mobilisierung der selbst arbeitenden Landwirte in der Partei der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land schloß sich Genosse Landtagsabg. W. J. in einigen kurzen Worten an die Zusammenkunft an. Es folgte als zweiter Referent der Genosse Deutsch-Oels. Genosse Deutsch behandelte im besonderen die Praxis in der Siedlungspolitik und brachte einige Beispiele für die höhere Produktionskapazität des Kleinbetriebes. In der nunmehr folgenden, ausgedehnten Diskussion sprachen die Genossen Schnigel, Schottgau, Brache, Bogisch, Koch, Kasnik, Schaefer-Staubendorf, Os., Vogel-Krenzdorf, Haensel, Troshdogen, Mesenstille, Lampersdorf und Sperling. Es wurden dabei eine Reihe praktischer Erfahrungen in der Siedlungsfrage, die Schwierigkeiten der Agitation unter den Landwirten und manche andere Frage eingehend erörtert. Besonders betont wurde durch verschiedene Diskussionsredner, daß die Wahl der Ortsvorsteher durch den Kreisrat beibehalten werden müsse, solange die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Großbesitzer nicht gegeben sei. In seinem Schlußwort beantwortete Genosse Simon einige Anfragen und wies darauf hin, daß nach der zweiten Lesung der Landbesitzordnung im Anschluß die Wahl der Ortsvorsteher durch die Kreisvertreter gewährleistet sei und anzunehmenderweise diese Fassung auch im Plenum durchgehen werde. Alles hänge aber in diesem wie in allen anderen Fällen davon ab, die kleinen Landwirte und Pächter der politischen Organisation zuzuführen. Nur dann wird die Geltendmachung ihrer Forderungen und Wünsche zum Erfolg führen. — Genosse Mache regte an, die Rede Simons als Flugblatt herauszugeben, und schloß mit einem Appell zur Mitarbeit bei der Gewinnung der werktätigen Landbevölkerung für die große Partei des arbeitenden Volkes, die Sozialdemokratie, die Tagung.

### Vorlage eines Gesetzes über Bereitstellung von Mitteln für Bodenmeliorationen und Wasserbauten.

Direkte Beihilfen für Schlefien 705 000 Mark.  
Dem Preussischen Landtag ist dieser Tage vom Preussischen Staatsministerium ein Gesetzentwurf über Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen an Meliorationsverbände und zur Ausführung haareigener Wasserbauten zugegangen, der demnächst beraten werden wird.  
Der Gesetzentwurf stellt einen Betrag von 9 533 470 R.-M. für besondere Beihilfen zur Durchführung von Meliorationen und 19 200 000 R.-M. zur Gewährung von langfristigen und niedrigerzinslichen Darlehen für den gleichen Zweck vor, aus denen ein fändiger Fonds für diese Zwecke gebildet werden soll, an den die Tilgungssummen und Zinsbeiträge wieder abgeführt werden sollen. Die zur Bildung des Fonds erforderlichen Mittel sollen im Anleihewege aufgebracht werden. Die Provinzen sollen verpflichtet werden, sich mit einer verhältnismäßigen Beihilfe in gleicher Höhe wie die Staatsbeihilfen, an den Meliorationsarbeiten beteiligen. Auf Ober- und Niederschlesien entfallen an Beihilfen 705 000 Mark, die nach dem Gesetzentwurf folgendermaßen verteilt werden sollen:

Zur Fortsetzung des Ausbaus, der Hochwassergefährlichen Flüsse in Schlefien sollen 500 000 Mark verwendet werden, die als 20. Teilbetrag zu den bereits 1900 beschlossenen Hochwasserbeschützmaßnahmen gedacht sind. Insbesondere sollen angehalten der katastrophalen letzten Hochwasser in diesen Schlefien Ergänzungen der Uferbefestigungen, Maßnahmen zur Verminderung der Geschiebeführung, Anlage von Stauweihern und Verhärtung vorhandener Stauweiherdämme vorgenommen werden.

Ein Betrag von 150 000 Mark soll als Beihilfe für den Ausbau der B. und Entwässerung des Schwarzen Winkels in Beschkowik in den Kreisen Glogau und Steinau an die dortige Wassergenossenschaft gewährt werden. Der Ansbetrag von 55 000 Mark soll zur Verbesserung der Vorflut der Weide zwischen Clarenkraut und Widlich in den Kreisen Breslau und Oels dienen, um die unbedingte Abführung des Weideabwassers zu gewährleisten.

Gegen das Einsinken der Gräber!

Nur die seit Jahren hervorragend bewährten, patentierten

**Erddrucksicheren Särge**

tragen zum Selbstschutz gegen milderwärtige Nachwirkungen. Särge sind Schutz-Maßnahmen.

**H. OLAGEN**

Wegen zum Selbstschutz gegen milderwärtige Nachwirkungen. Särge sind Schutz-Maßnahmen.



# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter wiederum vertagt.

Bei dem am Sonnabend im Reichsfinanzministerium stattgefundenen Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter war es wiederum nicht möglich, von dem Regierungsdirektor ein annehmbares Angebot zu erhalten, weil das Arbeitszeitgesetz im Reichstag noch nicht verabschiedet ist. Schließlich einigten sich die Organisationen mit dem Reichsfinanzministerium auf folgender Vereinbarung: Die am Tarifvertrag für die Arbeitnehmer bei den Reichsverwaltungen beteiligten Vertragsparteien kommen überein, daß der auf den 31. März 1927 gekündigte § 2, Abs. 1, einschließlich Zusatzabkommen sowie die gesamte Lohnabelle des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer bei den Reichsverwaltungen auch über den 31. März 1927 hinaus als tarifvertraglich geregelt gelten soll, bis die schwebenden und nach Möglichkeit zu beschleunigten Verhandlungen zu einem Ergebnis, sei es durch neue Vereinbarung oder durch einen angemessenen oder verbindlich erklärten Schiedsspruch, geführt haben. Die neue Lohnregelung wird vom 1. April 1927 ab zur Anwendung kommen. Wenn bei einer gütlichen Einigung für Mehrarbeit über 48 Wochenstunden hinaus besondere Zuschläge vereinbart, so wird auch diese Vereinbarung Rückwirkung vom 1. April 1927 an erhalten. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Montag, den 11. April, festgelegt.

### Hitler liefert den Junkern Vohndrücker.

Die Güter der ostelbischen Junker waren von jeher der Schwuppmittel für rechtsradikale Banden aller Art. Darum kann es auch nicht wunder nehmen, daß zwischen den Agrariern in Mecklenburg, Pommern, Schlesien, Ostpreußen und dem Hitlerfaschismus ein Abkommen geschlossen worden ist zur „Unterdrückung junger Nationalsozialisten aller Berufe, die erwerbslos sind“. Beide suchen dabei ihren Vorteil: die Junker erhalten billige Arbeitskräfte „nationaler“ Gesinnung und Hitler Parteimitglieder. Um diese Ausbeutung in doppeltem Sinne zu verdeutlichen, wird der Junker ein idealtypisches Mäntelchen umgehängt, indem die Angemobenen in der sogenannten „Arztamaneubewegung“ als einer Lebens- und Erziehungsgemeinschaft zuzurechnen sind.

Die Anmeldung erfolgt mit einem Schein, mit dessen Unterzeichnung der Betroffene erklärt, daß er deutscher Abstammung und deutscher Gesinnung ist, frei von ansteckenden Krankheiten und arbeitshindernden Gebrechen und den Willen zur Einordnung in die Lebensformen der Artamanen hat. Die Kleidung ist ähnlich der des Wandervogels und wird gegen Bezahlung vom Arbeitsamt der Artamanen in Halle a. S., Moritzwinger 17, beschafft. Das Jahrgeld zu den Gütern haben die Leute zunächst selbst zu bezahlen, doch hinterlegt der Gutsherr die Summe beim Arbeitsamt in Halle, das dem Einzelnen das Geld aber erst aushändigt, wenn er bis Jahresende in der Stellung ausgehalten hat. Der Lohn ist der ortsübliche, doch hat jeder Artamane monatlich 3 Mark in den Sparkasten der Artamanen beim Arbeitsamt in Halle abzuliefern. Die Artamanenschaft auf einem Gutsbetrieb ist ein vollständig selbständiges Glied, für das der Führer verantwortlich ist. Der einzelne Artamane ist deshalb auch nicht im ersten Grade Angehöriger des Gutes, sondern der Artamanenbewegung, die mit dem Gutsherrn auch den Vertrag für den Einzelnen abschließt. Der Führer einer Artamanenschaft untersteht dem Gauwart und dieser dem Leiter des Arbeitsamts in Halle als dem obersten Führer der ganzen Bewegung.

Mit diesem Programm, das in mannigfacher Weise mit idealtypischen künftigen Wendungen und Grundrissen verziert ist, treiben die Nationalsozialisten gegenwärtig unter den Erwerbslosen vor allem auf dem Lande und in den kleineren Städten lebhafte Propaganda. Den unwissenden in Nat beifälligen jungen Leuten wird dabei vorgegaukelt, daß sie als Artamanen Land und Leute in ganz Deutschland kennen lernen werden und daß sie auch Aussicht hätten, durch die Spargenossenschaft des Bundes Artamane mit eigenem Grund und Boden zu werden. Bevor aber einer Artamane werden kann, muß er Mitglied der Nationalsozialistischen Partei werden. Nach zuverlässigen Mitteilungen wird zurzeit besonders in Nord-Hagen unter den Erwerbslosen geworben. Einige Trupps konnten bereits zusammengestellt und verladen werden, sie kamen alle auf Güter in die Umgebung von Rülitz.

### Der außerordentliche Verbandstag der Zimmerer.

Der Zentralverband der Zimmerer hat auf seinem diesjährigen in Leipzig stattgefundenen außerordentlichen Verbandstag zu dem Entwurf des neuen Reichstarifvertrags für das Baugewerbe Stellung genommen. Rund 190 Delegierte aus allen Teilen des Reiches nahmen an der Tagung teil. Vorkämpfer Wolgast schilderte nach einem Rückblick auf den Gang der Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifvertrages den Inhalt des neuen Vertragsentwurfs; jeder Verband gilt als selbständiger Vertragskontrahent. Die Lohnregelung erfolgt bezirklich. Kommt es zu feiner Einigung, dann muß das Tarifamt bezgl. das Haupttarifamt angerufen werden. Dieses hat jedoch nur in der Lohnfrage, nicht in der Arbeitszeitfrage, zu entscheiden. Für die Arbeitszeitfrage erfolgen nach der gesetzlichen Regelung neue Verhandlungen, bei welchen der Schlichter unter allen Umständen geschert werden muß. Die Einführung der 48 Stundenarbeit für das Zimmerergewerbe wurde abgewehrt. Die Ferienfrage ist neu geregelt und auch auf die Lehrlinge ausgedehnt. Auch steht der neue Vertrag die Regelung der Lehrlingslöhne durch die Organisation vor. Infolge eigener Erkrankung, sowie bei Erkrankungsfällen in der Familie muß nach dem neuen Vertrag dem Arbeiter der Lohnausfall bis zu 8 Stunden vergütet werden.

In der lebhaften Aussprache zeigte sich ein starker Widerstand gegen den Reichstarifvertrag. Bemängelt wurde, daß den Jahresschlüssen ihre Handlungsfreiheit stark eingeengt werde; die endgültige Entscheidung des Haupttarifamts sehe im Widerspruch zur Verbandsverfassung; der Ferienanspruch sei durchaus ungenügend. In der Lehrlingsfrage seien die Vertragsbestimmungen sehr unzulänglich. Einig war man sich darin, daß unter keinen Umständen der Arbeitstag über 8 Stunden ausgedehnt werden dürfe. In seinem Schlusswort hob Wolgast hervor, daß der Vertragsentwurf trotz mancher Mängel doch einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen tariflosen Zustand und dem zentralen Lohnabkommen darstelle. In namentlichen Abstimmen wurde dann der Reichstarifvertrag, der bis zum 31. März 1929 Geltung haben soll, mit 103 gegen 59 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Der Verhandlungsausschuss wurde vollstes Vertrauen ausgesprochen. Der nächste ordentliche Verbandstag soll im Jahre 1929 stattfinden.

### Schiedsspruch

#### für die Schleswig-holsteinische Landwirtschaft.

In den seit einigen Wochen andauernden Lohnstreit in der Schleswig-holsteinischen Landwirtschaft ist ein Schiedsspruch gefällt worden. Der Spruch belagt: Der Lohn der Arbeiter beträgt 12 bis 14 bis pro Stunde. Der Stundenlohn der hiesigen Freiarbeiter erhöht sich von 25 auf 28 bis, und der der unständigen von 27 auf 30 bis. Der Stundenlohn der Frauen erhöht sich von 20 auf 22 bis, der Lohn der Arbeiterinnen von 20 auf 22 bis. Für die Monatslöhne (Kasse und Kasse) ist ebenfalls eine Lohnregelung vorgesehen. Die monatlichen Monatslöhne unter 15 Jahren fallen vollständig im Winter 9 bis 10 bis im Sommer 12 bis 13 bis, die monatlichen über 15 Jahre im Winter 10 bis 12 bis im Sommer 12 bis 14 bis erhalten. Die weiblichen Monatslöhne unter 15 Jahren fallen im Winter 8 bis 10 bis, im Sommer 11 bis 12 bis, die über 15 Jahre im Winter 10 bis 12 bis im Sommer 12 bis 14 bis erhalten. Die Unterzahlungen für den Sommer 12 bis 14 bis im September vorliegen. Die Unterzahlungen für den Sommer 12 bis 14 bis im September vorliegen.

Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs läuft am 13. April ab. Die Kreisvorstände des Deutschen Landarbeitersverbandes werden am Sonntag in Kiel zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

### Die bevorstehende Aussperrung in der Lederindustrie.

In der deutschen Lederhandels-Industrie soll es zu einer Aussperrung kommen. Die Lederhandels-Fabrikanten haben beschlossen, allen in der Lederhandels-Industrie Beschäftigten am 1. April zum 15. April zu kündigen. In Betracht kommen ungefähr 6800 Personen. Die Aussperrung erfolgt, weil die Handshuhmacher und Näherinnen das Angebot der Fabrikanten abgelehnt haben. Das Angebot der Lederhandels-Fabrikanten lautet, vom 1. April ab eine Zulage von 4 Prozent auf den Gesamtverdienst zu gewähren. Das Lohnabkommen sollte vom 1. April 1927 bis zum 1. April 1928 gelten. Weil die Handshuhmacher und Näherinnen dieses niedrige Angebot bei einer Dauer von einem Jahr ablehnten, sollen sie nun ausgesperrt werden.

Um den Kampfsfonds des Verbandes für den Fall einer längeren Dauer des Kampfes zu ver stärken, hat der Vorstand des Deutschen Lederarbeiter-Verbandes beschlossen, ab 4. April einen Extrabeitrag von 1 Mark pro männliches Mitglied und von 50 Pf. pro weibliches Mitglied zu erheben. Wenn man berücksichtigt, daß innerhalb des Jahres, für das das Lohnabkommen Geltung haben soll, eine 20prozentige Erhöhung der Mieten eintritt, die automatisch weitere Verteuerungen nach sich zieht, so kann man es verstehen, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederhandels-Industrie das Angebot der Fabrikanten ablehnen. Der Vorstand des Lederarbeiter-Verbandes hatte den Vermittlungsvorschlag gemacht, das Lohnabkommen für ein halbes Jahr bis zum 1. Oktober d. J. abzuschließen, oder in neue Verhandlungen einzutreten, um über eine weitere Zulage für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 1. April 1928 zu beraten. Beides haben die Handshuhfabrikanten abgelehnt. Der den Arbeitnehmern aufgedrungene Kampf muß also mit aller Energie durchgeführt werden. Die Lederarbeiter allerorts müssen jetzt ihre Solidarität mit den gekündigten und demnächst ausgesperrten Handshuhmachern und Näherinnen in moralischer und finanzieller Hinsicht betätigen.

### Die Verbindlichkeit des Schiedsspruches in der Metallindustrie abgelehnt.

Am Freitag fanden unter dem Vorsitz des Schlichters abermals Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfragen in der Metallindustrie statt, die zu keiner Verständigung führten.

Die Vertreter der Metallindustriellen beantragten die Verbindlichkeit des Schiedsspruches. Die Arbeitnehmervertreter forderten seine Ablehnung.

## Wirtschaft.

### Ein Konzern baut 14000 neue Wohnungen für Berlin?

Am Sonntag ließ ein amerikanisches Konsortium, das den Bau von 14000 Wohnungen in Berlin plant und zu diesem Zweck einen Betrag von 160 Millionen Mark zur Verfügung stellen will, zum erstenmal Mitteilungen über seine Absichten vor einem größeren Kreise machen. Aus diesen Mitteilungen ergab sich, daß das Konsortium bereit ist, die neu zu bauenden Wohnungen der Stadt zu 120 Prozent der Friedensmiete zur Verfügung zu stellen. Damit erweisen sich die Aussichten für ein Zustandekommen des Projekts wesentlich günstiger, als bisher angenommen werden mußte. Es kommt jetzt vor allem auf die Amortisationsquote an, die die Stadt jährlich bezahlen muß, damit die Wohnungen nach einem bestimmten Zeitraum in ihren Besitz übergehen. Darüber dürften zunächst weitere Verhandlungen geführt werden.

### Die Eisenpreissteigerung.

Ueber die Pläne der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, die Eisenpreise zu erhöhen, hört man neuerdings, daß die Eisenindustrie sich mit der Preissteigerung bis zur Einführung des Arbeitszeitgesetzes gedulden will, um aus der Einführung des Schein-Arbeitszeitgesetzes eine neue Begründung für die Preiserhöhung zu gewinnen. Bei einer jährlichen Eisenproduktion von 12 Millionen Tonnen würde eine Preiserhöhung auch nur um 5 Mark einen jährlichen Tribut der deutschen Bevölkerung an die Eisenindustrie im Betrage von 60 Millionen Mark bedeuten. Der Eisenkonsum würde einen gefährlichen Schlag erleiden gerade in dem Augenblick, wo untern geamte wirtschaftliche Ausrichtung umgebaut werden soll.

Der Anteil des Eisens an dem Gesamtwert der Maschinen wird auf circa 38 bis 40 Prozent geschätzt, jedoch die Eisenpreissteigerung eine Verlangsamung des Rationalisierungsprozesses in der Industrie und in der Landwirtschaft bedeuten würde. Noch größer ist der Anteil des Eisens an dem Oberbaumaterial der Eisenbahn. Die Schwellen, Säulen, Weichen, auch die Brücken müssen von Grund auf erneuert werden, wenn die Rückschlüsse aus der Kriegs- und Inflationszeit beseitigt und die neuen schweren Formen der Waggons und Lokomotiven eingeführt werden sollen, die heute von der Eisenbahn der Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch die Rationalisierung im Hausbau sowie im Bau von Industriegebäuden bedeutet einen steigenden Eisenbedarf. Durch Zoll und Kartell geschützt, will nun jetzt die Schwerindustrie aus der angepöbelten Lage des Marktes Nutzen für sich ziehen und dabei die allgemeine Preisverbilligung hintertreiben.

Das ist umso weniger zu rechtfertigen, als die wichtigsten Rohstoffpreise der Eisenindustrie keineswegs bedeutend gestiegen sind. Das schwedische Erz bezahlt man heute 15,75 Mark pro Tonne gegenüber dem Preis von 17 Mark in der Vorkriegszeit; das einheimische Erz kostet heute, mit Hilfe der staatlichen Subvention, 18,65 Mark gegenüber etwa 13 Mark vor dem Kriege. Der Schrottpreis hält sich fast genau auf der Vorkriegeshöhe (50 Mark), nachdem er vorübergehend sogar unter dem Friedenspreis lag. Der Kokspreis beträgt heute 21,45 Mark, ist also etwa 15 Prozent höher als vor dem Kriege, wobei es sich aber um den Marktpreis und nicht um den wirklich in Betracht kommenden, viel niedrigeren Konzernpreis, handelt. Auch bei den einheimischen Erzen wird die Lüge, daß man es heute viel härter als vor dem Kriege mit Konzernpreisen zu tun hat, im Sinne der Selbstverteidigung.

Die Steigerung der Tariflöhne wird auf Grund der amtlichen Statistik ungefähr auf 50 Prozent geschätzt, jedoch, wenn man den Lohnanteil an dem Gesamtpreis mit etwa 50 Prozent annimmt, was für einen Teil der Hüttenindustrie sicher zu hoch ist, eine etwa 25prozentige Erhöhung des Eisenpreises gegenüber dem Friedensstand ohne jeglichen Profitverlust erwartet werden dürfte. Nur steht aber heute der Stabellenpreis auf 134 Mark gegenüber 108,50 Mark vor dem Kriege, der Werkschuhpreis auf 165 Mark pro Doppelhantel gegenüber 120 Mark. Die Steigerung beträgt also 30 Prozent. Die Selbstkosten sind ferner auch dadurch gestiegen, daß die Leistung pro Kopf der Belegschaft infolge technischer Neuerungen gestiegen ist. Die neuen modernen Anlagen sind je auch bekanntlich zu einem großen Teil mit Hilfe der als Entschädigung für verlorene lohnbringende Anlagen gewährten Reichsgelder und später mit Hilfe der billigen Inflationsgelder gebaut worden, so daß die Abschreibungslost von Reichswegen nicht sehr groß sein dürfte.

Es wird der Volkswirtschaft auch aus der Betrachtung der Selbstkosten der Eisenindustrie keine Rechtfertigung der Erhöhung der Eisenpreise gerade im gegenwärtigen Augenblick der Erneuerung unseres Produktionsmittelparkes herleiten können.

Der Schlichter teilte am Sonnabend den Parteien mit, daß er die Verbindlichkeitsklärung ablehnte und lud sie gleichzeitig zu neuen Verhandlungen für Dienstag, den 5. April.

### Aussperrung bei den Breslauer Steingutwerken A.-G.

Die Steingutwerke A.-G. Breslau haben mit dem 2. April die Belegschaften ihrer Werke Breslau und Carlowitz ausgesperrt. Von dieser Kampsmaßnahme werden circa 520 Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen.

Damit dürfte nun die ganze Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie in Schlesien im Streit oder in der Aussperrung stehen. Das bedeutet, daß durch die unsoziale Einstellung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen feinkeramischen Industrie in beiden Provinzen, Ober- und Niederschlesien, circa 14 000 Porzellaner auf dem Straßenpflaster liegen.

Die Arbeiterschaft wird auch diese Maßnahme des Arbeitgeberverbands zu ertragen wissen. Es geht ja bei diesem Kampfe um die Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeitgeber wollten den Reichstarif in seinen Ursprung, Arbeitszeiten, Lohn- und Unfallbestimmungen verschlechtern. 50 Prozent Urlaubsaabbau und 5 Prozent Lohnabbau mutete man der Arbeiterschaft zu. Einen in Berlin verhängene Woche gefällten Schiedsspruch, der im wesentlichen die alten Manteltarifbestimmungen sowie Arbeitszeit- und Ueberstundenzulagsregelung vorzieht, der ferner für die Akkordarbeiter einen Zuschlag von 6 Prozent, für die Stundenlöhner einen solchen von 10 Prozent bringt, haben die Arbeitgeber abgelehnt.

Die Arbeiter der feinkeramischen Industrie haben den hingeworfenen Forderungen Gehör gegeben. Sie werden für ihre gerechte Sache auch zu kämpfen wissen.

#### Keramischer Bund,

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Breslau.

Die Lohnbewegung der Berliner Klavierarbeiter, zu deren Beilegung nun schon seit fünf Monaten ohne Resultat verhandelt wird, treibt allem Anschein nach auf einen Konflikt zu. Seit 1925 haben die Klavierarbeiter keinen Tarif mehr. In der tariflosen Zeit wurden die Lohn- und Urlaubsverhältnisse beträchtlich verschlechtert. Mit immer neuen Verschleppungsmanövern suchen die Unternehmer den Abschluß eines Tarifs zu hintertreiben. Kein Wunder, wenn sich die Situation in den letzten Tagen scharf zugespitzt hat.

Der 4. Internationale Schuh- und Lederarbeiter-Kongress ist zum 17. August nach London einberufen worden. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Ratifikation der Washingtoner Konvention und die Frage des Wochentages.

### Wie man kalkuliert.

Aus Braun schweig schreibt man uns: „In dem braunschweigischen Städtchen Königslutter waren Arbeiten zur Herstellung eines Rieselfeldes ausgeschrieben. Von 11 Firmen wurden Angebote eingereicht, von denen das niedrigste 21 372 Mk. und das höchste 52 715 Mk. betrug. Für den Bau des Kanals zum Rieselfeld lagen 15 Angebote vor, die sich zwischen 7 502 Mk. und 30 000 Mk. bewegten. Um den Kanal in der Stadt bewarben sich 16 Firmen, die für die gleiche Arbeit Vorschläge von 19 441 Mk. bis 99 966 Mk. einreichten.“

Da die deutschen Unternehmer wohl zu kalkulieren wissen, erklären sich die Unterschiede in den Angeboten nur aus zwei Ursachen: Entweder will man den Auftraggeber mit schlechter Ware reinlegen oder man übersteuert den Preis. Gelegentlich der berühmten Luther'schen Preisabbauaktion hat man sich auch mit dem Submissionswesen beschäftigt. Im Reichswirtschaftsministerium wurde sogar ein Entwurf fertiggestellt, der, bei allen Mängeln, geeignet war, hier bessernd zu wirken, da er z. B. für Preisverabredungen ziemlich weitgehende Strafen feststellte. Gegen diesen Entwurf ist das Unternehmertum mit Erfolg Sturm gelaufen. Man hat ihm dann in den kommenden Kabinetten ein Begräbnis erster Klasse bereitet, und seitdem hört man nichts von einer Bekämpfung des Submissionsunfugs. Er blüht, wie das Beispiel aus Königslutter zeigt, in alter Frische weiter!

### Die internationale Mustermesse zu Prag.

die am verflossenen Sonntag geschlossen wurde, stand, ähnlich wie die Leipziger und Wiener Frühjahrmesse, unter dem Zeichen der sich allmählich hebenden Geschäftstätigkeit im Inland, die allerdings durch die zurzeit in der Tschechoslowakei herrschende Geldknappheit immer noch erheblich gehemmt wird. Aber auch die wichtigsten tschechoslowakischen Ausfuhrindustrien, vor allem die Glasindustrie und die verschiedenen keramischen Gewerbe, die Möbel- und Holzwarenindustrie, die Klavierindustrie usw., wie auch die mannigfach spezialisierte Industrie der Metallverarbeitung dürfte einschließlich der Elektrotechnik auf der Messe recht gut abgeköhnt haben. Zahlreiche Einkäufer aus den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten, Polen, einzelnen Balkanländern, Deutsch-Oesterreich und in nicht geringem Umfange auch aus Deutschland, sowie aus Mittel- und Südamerika pflegen schon seit Jahren wenigstens einen Teil ihres Bedarfs in Prag einzubeden.

Eine wirkliche Belebung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt, auf den die wichtigsten Industrien der Tschechoslowakei unbedingt angewiesen sind, kann jedenfalls erst nach allmählicher Beilegung der zahlreichen Wirtschaftskrisen und Erweiterung der handelspolitischen Beziehungen durch Tarifverträge herbeigeführt werden. Dies gilt auch in besonders hohem Grade für den Verkehr zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Die Prager Messe richtet sich im übrigen aber keineswegs, wie vielfach mit Unrecht noch in Deutschland geglaubt wird, gegen das deutsche Wirtschaftsleben, sondern sie erstrebt im Gegenteil möglichst enge Beziehungen zu Deutschland, dessen hohe Bedeutung als Ein- und Ausfuhrland für die Tschechoslowakei in den einschlägigen deutschen und tschechoslowakischen Wirtschaftskreisen allgemein anerkannt wird. In der Prager Messe hatten daher auch mehrere deutsche Firmen vornehmlich der Maschinenbranche ausgeführt, während die Vereinigten Staaten von Nordamerika hauptsächlich Bürobedarfsmittel und hauswirtschaftliche Gegenstände zur Schau brachten. Erwähnt sei endlich noch eine sehr interessante Kollektivausstellung der brasilianischen Rohstoffe.

**Sinaco-Dividenden.** Die Sinaco-A.-G. in Detmold, die im Jahre 1925 einen Reingewinn von rund 850 RM. auswies, hat im Jahre 1926 einen Reingewinn von 130 000 RM. erzielt. Es wird eine Dividende von 9 Prozent (1925 = 0) verteilt.

**Die deutsche Kohlenabgabe** ging im Monat Februar von 1 308 608 Tonnen auf 1 233 071 Tonnen zurück. (Februar 1926 816 122 Tonnen). Die arbeitstätige Gewinnung verringerte sich von 52 944 auf 51 378 Tonnen (Februar 1926 34 005 Tonnen). Der Rückgang in der arbeitstätigen Gewinnung beträgt 1,85 Prozent.

Das Wagniswert für das nördliche westfälische Kohlenrevier gibt seinen Reingewinn für 1926 mit 2 143 Millionen an gegenüber 1 832 Millionen im Vorjahre. Die Dividende kann von 6 auf 7 Prozent erhöht werden.

Die französische Eisenerzeugung hat sich im Jahre 1926 um 44 Millionen Tonnen auf 52,5 Millionen Tonnen gesteigert. Gegenüber dem Jahre 1920 bedeutet das eine Verdoppelung der Förderung.

Das schwedische Tabakmonopol wird für das Jahr 1926 eine Dividende von 7 Prozent, gegenüber 9 Prozent im Jahre 1925, verteilen. Die Reingewinnhöhe macht nur 6,5 Millionen Kronen, gegenüber 11 Millionen Kronen im vorletzten Geschäftsjahr, aus.



# Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 4. April 1927.

## Fort mit den Zellenbauern!

Duldbarkeit, wo immer angewandt, ist eine gemäß anerkennenswerte Eigenschaft, die ihren Träger ehrt. Aber allzu viel Duldbarkeit ist von Unheil. Vor allem gegenüber der K.P.D. die von Kommunisten nicht gerade angelehnt ist. In dieser Duldbarkeit werden, wie es den Anschein hat, auch die schließlichen Arbeiterturn- und Sportvereine leiden müssen, wenn sie sich inner kommunikativen Schädlingen, die sich in ihren Reihen breit zu machen beginnen, nicht beiseiten entledigen.

Kurz gefasst: Die Herren Kommunisten, denen die politische Eroberung der Arbeitermassen vorbestimmt ist, die aus allen Gemeinlichkeiten a tempo herauszuheben, weil der gesunde Sinn aller gewerkschaftlich geschulten Arbeiter diesem komödiantenhaften Vorgehen abgeneigt ist, diese Kommunisten also haben sie langem ihr Augenmerk auf die Arbeiter-Sportbewegung geworfen, deren sie sich gern bemächtigen würden. An Versuchen dazu hat es hier und da nicht gerade gefehlt. Nun haben sie — nach ihrer Meinung — auch in Schlesien den Boden für ihre Agitation in den Arbeiter-Sportverbänden genügend vorbereitet, um ihre „positive“ Arbeit beginnen zu können. Worin besteht diese? Teilen wir, was „Die Schmiebe“, das Funktionärorgan der K.P.D. für den Bezirk Schlesien, in seiner Nr. 8 vom Februar 1927 darüber zu sagen hat. Da finden wir zunächst einige Ausfälle gegen die sozialdemokratisch gesinnten höchsten Funktionäre der Arbeiterturn- und Sportbewegung — gemeint ist die Bundesleitung —, die unter dem Mantel der Neutralität sozialdemokratische Politik innerhalb des Bundes getrieben hätten. Die Leitung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat nämlich, und das mit vollem Recht wie im Einverständnis der übermächtigen Mehrheit ihrer Bundesmitglieder, den im Arbeiter-Turn- und Sportbund auftretenden kommunistischen Größenwahn nicht gebührend gebämpft. Daß sie damit nicht den Beifall der politischen Fraktionen in der K.P.D. gefunden hat, finden wir nur zu verständlich und nehmen ihnen ihren Unmut darüber nicht einmal übel. Auch das nicht, wenn sie schreiben:

Gegen Ende des vergangenen Jahres wurde, wohl zum ersten Male, damit begonnen, auch von Seiten der Kommunistischen Partei der Entwicklung der Arbeiter-Sportbewegung im Bezirk Schlesien erhöhte Aufmerksamkeit auszuwenden. Notwendig war es einmal, eine Überprüfung unseres Einflusses vorzunehmen. Leider konnte dabei die Bezirksleitung keinen genauen Überblick erhalten, da eine Reihe von Ortsgruppen die übersandten Fragebogen einfach nicht beantwortete. Aus dem Teilmaterial war immerhin ersichtlich, daß in einer ganzen Reihe von Vereinen und Orten unsere Genossen wichtige Sportfunktionen ausübten. Nicht überall gelang es, die vorhandenen Möglichkeiten voll auszunutzen, da die Genossen, die zur Mitarbeit zur Übernehmung von Funktionen usw. gebraucht wurden, nicht vorhanden waren. Trotzdem konnten wir besonders in Breslau in der letzten Zeit immerhin beträchtliche Fortschritte machen. Als Beispiel gelte vielleicht das Breslauer Arbeiter-Sportturnfest. Während bei der Wahl 1926 kein Kommunist in diesem war, sind es dieses Jahr neun unter 45 Delegierten. Im Vorstand des Karzells sind von neun Mitglidern drei Parteigenossen.

Wir sind den Kommunisten für das Bekenntnis, ihren politischen Einfluss mit Hilfe der üblichen Mittel bei uns zu festigen, geradezu dankbar und werden gern dafür sorgen, daß ihnen die Trauben lauer werden.

Mit der Veröffentlichung nachstehender Richtlinien bezwecken wir aber auch denjenigen unter unseren Genossen die Augen zu öffnen, die noch immer an die Harmlosigkeit der K.P.D.-Mitglieder innerhalb der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung glauben. Diese „Harmlosigkeit“ beweist sich in dem fraglichen Artikel in folgenden Zeilen:

In dieser Richtung wird auch die zutünftige Arbeit unserer Genossen innerhalb der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung liegen müssen. Um einige dieser Arbeiten herauszuarbeiten, sei nur erwähnt:

1. Stellungnahme zur Frage der Einheit der beiden Sportinternationalen zur Beteiligung an der zehnjährigen Feier der russischen Revolution in diesem Jahre, zur Beteiligung an der Weltmaratonde, die nächstes Jahr in Kurland stattfindet, usw.

2. Ausnützung des Hamburger Bundestagsbeschlusses, der Zugehörigkeit zu einer Partei von den Mitgliedern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes verlangt, zur Führung einer breiten Mitglieder-Werbekampagne durch die Partei unter den Arbeiter-Sportlern. (Zu diesem Punkt werden, nachdem die vorgezeichneten Verhandlungen mit der Kreisleitung abgeschlossen sind, noch nähere Anweisungen gegeben.)

3. Organisation einer breiten Mitarbeit an dem Sportfest der Arbeitervereinigungen. (Unter breiter Mitarbeit soll die Masse der Mitarbeiter und nicht die Länge der Berichte gemeint sein.)

4. Unsere Genossen werden alle die Arbeiter-Sportler wichtigen politischen Ereignisse mit Aufmerksamkeit verfolgen und sie in der Mitgliederversammlung der Sportorganisation zur Diskussion stellen müssen.

5. Dort, wo die Genossen schon zu sehr überlastet sind, wird man auch daran gehen müssen, unsere Genossen der Arbeiter-Turn- und Sportverbänden zuzuführen. Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß die Kommunisten die eifrigsten Werber für den Arbeiter-Sport sind. Dasselbe gilt natürlich auch für den K.P.D. und die rote Jugendfront, aus deren Reihen noch manches Mitglied für die Arbeiter-Sportbewegung gewonnen werden kann.

Die Bezirksleitung resp. die Bezirksvorstandskommission muß sich folgende vorläufige Aufgaben stellen:

1. Gibt es einen genauen Überblick über die Stärke unseres Einflusses in der schlesischen Arbeiter-Sportbewegung zu gewinnen.

2. Mühen die kommunistischen Sportfunktionäre in gesonderten Konferenzen eine Reihe wichtiger Dinge der Sportarbeit besprechen. Es ist deshalb vorgezogen, in alternativer Zeit unter beiseite der kommunistischen Sportfunktionäre zusammenzukommen.

3. Mühe der große Mangel unserer bisherigen Arbeit, die Vernachlässigung der Provinz, durch eine systematische Bearbeitung ausgeglichen werden. Gedacht ist dabei an die regelmäßige Herausgabe besonderer bezirklicher Anweisungen von Informationsmaterial usw. in Form von Rundschreiben.

Unsere Genossen, nicht nur den Sportfunktionären allein, sondern vor allem den politischen Leitern der Zellen und Ortsgruppen, wird es zur Pflicht gemacht, der Sportbewegung ein weitestgehendes Interesse beizubringen, als dies bisher der Fall war. Nur wenn die Bezirksvorstandskommission von den Genossen der Provinz unterstützt wird, wird es möglich sein, die unabweisbar vorhandenen Fortschritte auch zu organisatorisch fundierten Stützpunkten auszubauen.

Abgesehen von dem gesamten übrigen Inhalt dieser Zeitschrift gilt als wesentlich der Punkt 2. Dort wird unter dem wichtigen Vorwand notwendiger Verbindungen örtlicher Angelegenheiten zu nichts anderem als zur Zellenbildung aufgerufen. Wie wir zu wissen glauben, sollen Versuche hierzu in Breslau bereits gemacht werden. Jeder Arbeiter-Sportler, der Anhänger oder Mitglied der K.P.D. ist, wird nunmehr wissen, was er zu tun hat.

Nur nebenbei: Es gehört zum jungemäßen Ton der Kommunisten, bei solchen Gelegenheiten auch die nach ihrer Meinung schuldige Leitung einer Organisation bis in die kleinsten Gliederungen zu beschimpfen. Und so reiben sie sich außer an der Bundesleitung auch an der Kreisleitung des 14. Kreises (Schlesien) im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die betreffenden Genossen mögen dies nicht tragisch nehmen. Ein Lob von dieser Seite wäre ein Tadel.

## Sport des Sonntags.

### Fußball.

**Süd I — Einigkeit 1:5:0 (1:0).** Mit dem Anstoß von Einigkeit entwickelt sich ein flottes Spiel, bei dem beide Tore in Gefahr kommen. Eine Flanke des Rechtsaußen von Süd bringt den ersten Erfolg. Planlos wird bis zur Pause gespielt. Mit 1:0 wird gewechselt. Nach der Pause kommt Süd zum zweiten Erfolg. Die Platzbesitzer lassen merklich nach, und ihre Angriffe enden an der Hintermannschaft von Süd. Bis zum Schluß stellt Süd das Resultat auf 5:0. Etwas reichlich hoch geschlagen, muß Einigkeit den Platz verlassen. Der Schiedsrichter genügt den Anforderungen.

**West I — 1924 I 6:1.** Bei schönstem Fußballwetter lieferten beide Mannschaften ein faires Spiel, das vor der Pause gleichmäßig verteilt ist. Rechtsaußen von West schießt das erste Tor, kurze Zeit danach gibt derselbe Spieler eine Flanke herein, die zum zweiten Erfolg führt. Ein Durchbruch des Mittelstürmers, und schon ist Nummer drei im Kasten. 1924 geht nun etwas mehr aus sich heraus, und erzielt auch durch Straßhof das einzige Tor. Nach der Pause spielt West mit Wind und drückt mächtig. Der gute Tormann bekommt viel Arbeit, kann aber verhindern, daß West noch drei schön getretene Erfolge erzielt. 1924 kann nichts mehr erringen, denn der Sturm kann sich bei der aufmerksamen Westverteidigung nicht durchsetzen.

**Stern I — Dswig 1:3:1.** Nach einem mit großer Schärfe durchgeführten Spiele festete Stern den Sieger. Schiedsrichter Mosler mußte energisch durchgreifen und je einen Spieler beider Mannschaften vom Felde weifen. Die Elf des Siegers war außer zwei Verletzten gut besetzt, konnte sich aber erst in der zweiten Spielhälfte durchsetzen. Dswig stellte eine eifrige, gut eingespielte Mannschaft aufs Feld, aus der besonders der Mittelläufer und der Tormann hervorstachen. Mit dem Anstoß von Dswig beginnt sofort ein flottes Spiel, das beide Tore öfters in Gefahr zieht. Beide Hintermannschaften sind auf der Hut und vereiteln jeden Erfolg. Obwohl Stern etwas mehr vom Spiel hat, können sie außer einigen Ecken nichts erzielen. Auch vereitelt der gute Tormann der Dswiger jeden Erfolg. Einen Vorstoß der rechten Seite der Roten kann der Sternverteidiger nur unfair unterbinden. Der gegebene Elfmeter wird von Dswig glatt verwandelt. Mit 1:0 für Dswig nimmt unter beiderseits flotten Angriffen die erste Hälfte ihr Ende. Nach dem Wechsel wird das Spiel äußerst scharf, und der Schiedsrichter zieht sich zu Herausstellungen gezwungen. In der 70. Minute kann Stern ausgleichen. Durch diesen Erfolg angespart, gehen sie 5 Minuten später in Führung. Bis Schluß können sie dann die Torzahl auf 3 erhöhen, und die Sternmannschaft verläßt, noch immer ungeschlagen, das Feld.

**B. f. L. I — Silezia-Riders 1:8:1 (4:0).** Entgegen der Voraussage der Presse mußten die Vereinigten geschlagen Gandau verlassen. Wenn auch das Torresultat reichlich hoch ausgefallen ist, so bekamen die spärlich erschienenen Zuschauer doch ein ansehnliches Spiel zu sehen, wie man es nur im Hochsommer gewöhnt ist. B. f. L. kann bis Halbzeit normal und nach Halbzeit noch viermal einsehen. Silezia-Riders kann zwei Minuten vor Schluß das Resultat auf 8:1 stellen. War bei B. f. L. der Sturm gut, die Läuferreihe hingegen reichlich schwach, so bot Silezia-Riders dem Eindruck einer 2. Mannschaft, die durch vieles Sprechen unangenehm aufstieß. Wenn B. f. L. sich weiter vorn behaupten will, so werden sie mit ganz anderen Leistungen aufwarten müssen. Der Schiedsrichter leitete nach bestem Können.

**Fortuna I — B. f. A. 1:8:1 (2:1).** Auf dem B.S.C. Platz empfing Fortuna B. f. A. Dies war ihr letztes Spiel unter ihrem alten Namen, denn schon am 1. April heißen sie S. C. Schlesien 25. Sie konnten es siegreich gestalten. Anstoß hat B. f. A. Von beiden Seiten geht ein flottes, faires Spiel ein. In der 16. Minute erzielt Fortuna das erste Tor, 5 Minuten später kann B. f. A. gleichziehen. Vor der Pause fällt das zweite Tor für Fortuna. Nach Wiederanstoß erhöht Fortuna die Torzahl auf 4. Trotz großer Anstrengungen von B. f. A. können diese keinen Erfolg erzielen. Bis zum Schluß erhöht Fortuna die Torzahl auf 6. Der Schiedsrichter leitete umsichtig und war beiden Parteien gerecht.

**Vorwärts I — Ost 1:1:1 (0:1).** Wieder fehlte der angelegte Schiedsrichter für dieses Spiel, um das Spiel nicht ins Wasser fallen zu lassen, piff ein Genosse von Ost. Die erste Halbzeit: Der knappe Platz läßt keinen einwandfreien Kampf zu. Durch langen Schuß geht Ost in Führung. Nach Wechsel stellt Vorwärts den Unparteiischen. Haarskräubende Sachen werden dabei geleistet. Ost verliert zwei Spieler ohne Grund. Nur noch mit acht Mann kämpfen sie, sind aber trotzdem überlegen. Durch Fehler der Verteidiger erzielt Vorwärts den Ausgleich. Fünf Minuten vor Schluß wird das Spiel abgebrochen.

**F.S.B. I — Sparta 1:5:1.** Um Sonntag mußte F.S.B. erfahren, daß Sparta ernstzunehmen ist. Besonders in der ersten Halbzeit leistete sie dem Platzbesitzer energiegeladen Widerstand entgegen und gar oft sah es vor dem Tor der F.S.B. sehr bänglich aus. Eine Minute vor Schluß der ersten Halbzeit brach der Halblinke von F.S.B. den Bann und verwandelte eine gute Vorlage zum ersten Erfolg. Nach Wiederbeginn drückt der Platzbesitzer mächtig aufs Tempo und Sparta muß wohl oder übel in die Defensive zurückgehen. Ein Bombenschuß des Mittelstürmers verschafft F.S.B. nach drei Minuten den zweiten Erfolg. Ein wegen Hand gegebener Elfmeter bringt Nummer drei. Bis zum Schluß erhöht F.S.B. die Torzahl auf fünf, während Sparta das Schienort erzielt.

**Freie Sportfreunde I — Strehlen 1:2:0 (0:0).** Sportfreunde hatten Strehlen zu Gäste. Mit dem Anstoß beginnt ein flottes Spiel, wobei eine Überlegenheit der Sportfreunde zutage tritt. Zu einem Erfolg langt es jedoch nicht. Denn der Tormann der Gäste ist unüberwindlich. Torlos wird gewechselt. Nach der Pause gelingt es dem Halblinken, den ersten Treffer für Sportfreunde zu buchen. Strehlen findet sich jetzt mehr zusammen, und der Kampf wird immer schneller. Strehlen hat reichliches Pech. Kurz vor Schluß konnten Sportfreunde zu einem zweiten Tor durch ein Versehen des Gästetormanns.

### Resultate:

West I — 1924 I	6:1
West II — 1924 II	6:0
Freie Sportfreunde I — Strehlen I	2:0
Stern I — Dswig I	3:1
Stern II — Dswig II	4:2
F.S.B. I — Sparta I	5:1
F.S.B. II — Sparta II	3:1
B.f.L. I — Silezia-Riders I	8:1
Einigkeit I — Süd I	0:5
Einigkeit II — Süd II	0:4
Sturm I — Union I	3:3
Sturm II — Union II	4:7
Vorwärts I — Ost I	1:1
Fortuna I — B.f.A. I	6:1
Süd III — F.S.B. III	6:1
Stern III — Dswig III	2:2
N.R. III — Süd IV	2:2
Stern I Jgd. — West I Jgd.	1:1
Union I Jgd. — B.f.L. I Jgd.	0:1

Vorwärts I Jgd. — Strehlen I Jgd.	0:4
Einigkeit I Jgd. — B.f.L. I Jgd.	4:0
1924 I Sch. — B.f.L. I Sch.	0:3
Union I Sch. — Sparta I Sch.	4:0
Sturm I Sch. — West I Sch.	3:0
Fr. Sportfr. II Sch. — Union II Sch.	3:1
West II Jgd. — Süd II Jgd.	4:0

### Handball.

Die gestrigen Spiele warteten wieder mit einer unerwarteten Ueberraschung auf. G. W. D. mußte sich vor Nachbarn eine Niederlage gefallen lassen, nachdem das Spiel bei Halbzeit 2:0 gefanden hatte.

6. Abteilung holte 5:4 die Punkte von Achilles kampflös. Erst nachher aber mit der neuen Mannschaft von Nord-Ost an. Nach 20 Minuten Spielzeit geht Nord-Ost in Führung, die sie auch bis 10 Minuten vor Schluß halten können. Dann kann die 6. Abteilung im Anschluß an einen Freiwurf ausgleichen. Die Sportvereinigung zeigte ein schönes, eifriges Spiel, nur schied das richtige Zusammenpiel. Durch dieses Spiel hat Nord-Ost bewiesen, daß sie auch einen harten Gegner für die kommenden Gesellschaftsspiele abgeben werden.

In Dswig war man gespannt, wie Gandau gegen Poseidon abschnitten würde. Gandau wirft an und zieht sofort vor das Tor der Schwimmer. Bange Momente entstehen für Poseidon; doch endlich kommt der Ball vor und wandert zum Rechtsaußen. Dieser schießt in die Mitte, und der Mittelstürmer sendet zum ersten Male ein. Weiter geht es, bis der Mittelstürmer im Anschluß an einen Freiwurf das Resultat auf 2:0 stellt. Gandau verliert den Mut nicht und greift energisch an, doch alles ist vergebens. Poseidons Halbrechter stellt durch einen Fernschuß das Resultat auf 3:0, mit dem es in die Pause geht. Nach Wiederbeginn läßt Poseidon etwas nach. Diesen Umstand macht sich Gandau zunutze, und holte durch den Mittelstürmer ein Tor auf. Sie können aber nicht verhindern, daß Halbrechts von Poseidon das alte Verhältnis wiederherstellt. Das Tempo wird schneller, und Gandaus Mittelläufer stellt das Endresultat auf 4:2. Beide Mannschaften gaben ihr Bestes her, doch zeigten die Schwimmer bessere Leistungen im Sturm, was schließlich den Ausschlag gab.

Durch einen 4:0-Sieg über die 2. Abt. sicherte sich 1897/02 endgültig den dritten Platz in der B-Klasse. G.W.D. lieferte mit der 7. Abt. ein schönes, flottes Spiel, das schließlich die 7. Abt. für sich entscheiden konnte.

Im Jugendspiel 5. Abt.—3. Abt. gewannen die Ersteren ziemlich hoch.

### Resultate:

Neutisch I — 1. Abt. I	kampfl. f. Neutisch
Poseidon I — Gandau I	4:2 (3:0)
Nachbarn I — G.W.D. I	5:0 (3:0)
1897/02 I — 2. Abt. II	4:0 (4:0)
7. Abt. II — G.W.D. II	2:0 (1:0)
5. Abt. Jgd. — 3. Abt. Jgd.	7:2 (2:2)

### Stand der Jugendklasse.

Bei der Jugend hat die 1. Abteilung überlegen die Bezirksmeistererschaft errungen. In weiten Abständen folgen erst die anderen Abteilungen der Freien Turnerschaft. Poseidon, der zum ersten Male eine Serie mitspicte, hat den siebenten Platz erobert.

Verein	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Punkte	Tore
1. Abteilung	21	17	—	4	38:4	64:5
7. Abteilung	20	15	4	1	31:9	38:10
6. Abteilung	21	13	3	5	31:11	42:11
5. Abteilung	21	12	7	2	26:16	26:17
4. Abteilung	21	10	9	2	22:20	27:21
2. Abteilung	21	10	9	2	22:20	20:20
Poseidon	21	10	10	1	21:21	10:27
7. Abteilung II	21	6	14	1	13:29	3:45
Nachbarn	21	4	14	3	11:31	19:13
Goswetz Ost	21	1	19	1	3:39	1:35
3. Abteilung	10	3	7	—	6:14	8:36
Neutisch	9	3	5	1	7:11	0:10

### Geländelauf der Sportvereinigung 1897/02.

Am gestrigen Sonntag hielt die Sportvereinigung 1897/02 bei kühlem, trockenem Wetter ihren kartelloffenen Geländelauf im Gebiet des Hardenberges ab. In den fünf verschiedenen Läufen starteten 64 Teilnehmer aus 1., 2., 4., 5. und 7. Abteilung der Freien Turnerschaft, von Poseidon, Nordost, Siegfried, Gertha, Vorwärts, Strehlen und dem Bezanfaller. In der Schülerklasse setzt sich Gerschadyna (7. Abt.) an die Spitze und siegt vor seinem Vereinsgenossen Wiebesch. In Jugend bis 16 Jahren wiederholt Keller (Poseidon) seinen Dswiger Waldblauf Erfolg. In der Jugendklasse bis 18 Jahren gibt es ein hartes Rennen, wobei die Zeit der Anfänger-Männerklasse geläufig wird. Dobin (B.S.C. Vorwärts) läuft seinen Sieg sicher. Ein starkes Feld stellte sich in der Anfängerklasse dem Starter. Bis zum Hardenberg liegt es noch besannenen. Eine Spitzengruppe von vier Mann scheidet sich dann ab und Grabelle (Poseidon) siegt vor Bümler (1. Abt.), dem diehtauf Thomas (2. Abt.) folgt. Mit Spannung wurde das Rennen der Senioren erwartet, das vom Start an der Vordachule bis zum Kinderzobten am Bahndamm entlang und auf der anderen Bahnhofsseite durch das Schrebergarten- Gelände wieder an die Vordachule zum Ziel führte. Mit Springwald (Strehlen), dem Ueberraschungsläufer beim Nordost-Waldblauf, am Start war der Sieger gegeben. Gleich nach dem Start setzte er sich an die Spitze und gewann mit über 1 Minute Vorsprung überlegen seinen zweiten Breslauer Lauf. Auch seine Zeit über 4700 Meter ist gut. Bei vernünftigen Training und Verbesserung seines Laufstils dürfte er bald einer der besten Langstreckenläufer des 14. Kreises werden. Die Bestleistung wurde stoff hintereinander abgewickelt. Ihrem Werbewort für den Arbeiter-Sport wurde dadurch am besten gedient. Die Resultate waren folgende: Kraben, 1500 Meter: 1. Gerschadyna (7. Abt.), 5:25 Min., 2. Wiebesch (7. Abt.), 5:30 Min., 3. Busch (1897/02) 5:36 Min., 4. Wagennecht, 5. Balber (Seide 1897/02), 6. Schiller (7. Abt.). — Mannschaftslauf: 1. 7. Abt., 2. G.W. 1897/02, — Jugend, 1500 Meter, bis 16 Jahre: 1. Keller (Poseidon), 5:14 Min., 2. Ampelwisch (Poseidon), 5:5 Min., 3. Wünter (1. Abt.), 5:7 Min., 4. Wittmann (1897/02), 6:10 Min., 5. Franke (Poseidon), — Mannschaftslauf: 1. Poseidon, — Jugend bis 18 Jahre, 2500 Meter: 1. Dobin (B.S.C. Vorwärts), 7:18 Min., 2. Laub (Poseidon), 7:24 Min., 3. Strigel (Poseidon), 7:25 Min., 4. Fauler (1. Abt.), 5. Schmidt, 6. Wirtz (Seide 1897/02), — Mannschaftslauf: 1. G.W. 1897/02, — Anfänger, Männerklasse, 2500 Meter: 1. Grabelle (Poseidon), 7:35 Min., 2. Bümler (1. Abt.), 7:36 Min., 3. Thomas (2. Abt.), 7:37 Min., 4. Schmann (4. Abt.), 7:40 Min., 5. Thomas (Poseidon), 6. Sankild (1897/02), — Mannschaftslauf: 1. 1. Abteilung der Freien Turner, 2. G.W. 1897/02, — Senioren, 4700 Meter: 1. Springwald (Strehlen), 14:30 Min., 2. Wirtz (1. Abt.), 15:22 Min., 3. Krause (7. Abt.), 15:28 Min., 4. Wirtz (Seide), 15:34 Min., 5. Krause (4. Abt.), 6. Reige (Strehlen), — Mannschaftslauf: 1. G.W. 1897/02 mit 26 Punkten.



